BZ

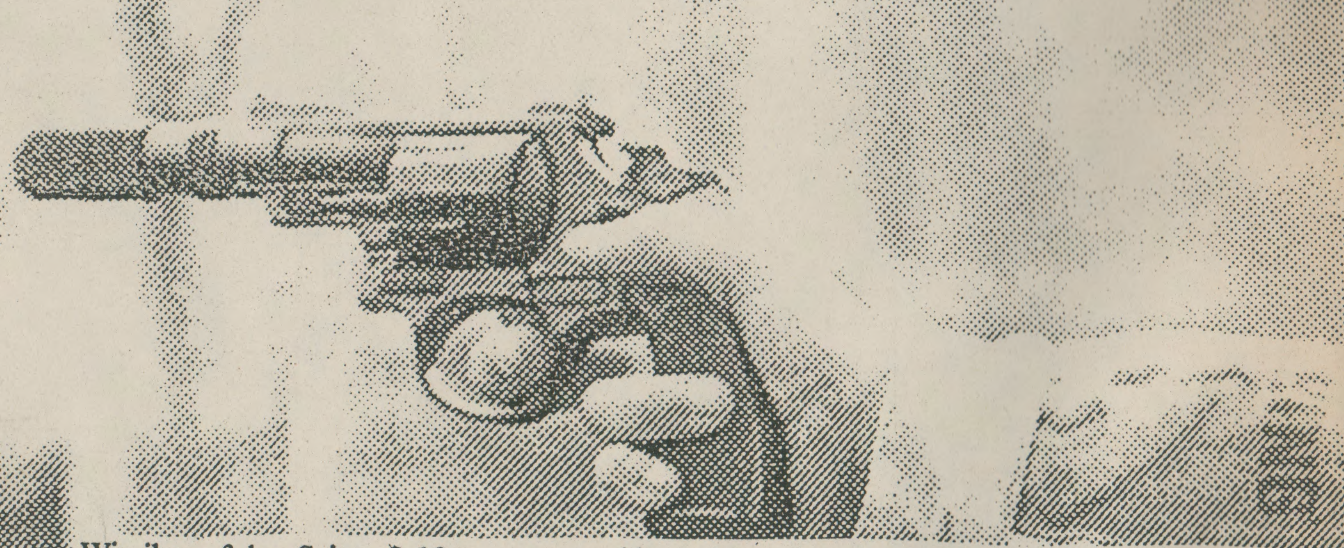
Zeitung für die besetzte Zone

30.6.93
Nr.: 3 (BZ 46)
Jahrgang 3
Zwei Mark

Schwerpunkt: Anti-Militarismus

Vorwort

In der Nacht vom 18. auf den 19.6.93 wurde im Keller des Wohnhauses Blücherstraße 31 in Berlin-Kreuzberg ein Brand gelegt, bei der Angela (29) und Dario (2) im Treppenhaus erstickten. Dieser Anschlag galt vermutlich dem im Erdgeschoß gelegenen kurdischen Restaurant. Deswegen und wegen in der näheren Umgebung, auch am Kellereingang, gesprühter Hakenkreuze gehen wir von einem faschistischen Anschlag aus. Vorm Haus lief eine Mahnwache und am Montag, 21.6.93 fand ein Trauermarsch mit ca. 1500 Leuten statt. Alle Beteiligten sind sich der Hilflosigkeit einer solchen Reaktion bewußt, aber wir können nicht einfach cool über den Mord hinweggehen, auch wenn Anschläge dieser Art schon längst normal geworden sind. Auf Seite 4 dokumentieren wir ein Flugblatt der Hausgemeinschaft.
Am 3.Juli `93 gibt es eine bundesweite Demo zur Unterstützung der Roma-Besetzung des KZs in Dachau.



Wie ihr auf den Seiten 8-10 genauer nachlesen könnt hat sich in Sachen Nolympig sowohl in Lausanne, als auch Berlin-Prenzelberg wieder was getan. In diesem Zusammenhang möchten wir euch den Ausspruch eines IOC-Bonzen in Lausanne nicht vorenthalten: "Dieser Vorfall kostet der berliner Olympiabewerbung Punkte."- na, also...
Für eure Urlaubsplanung: die Leute aus dem Mainzer Hof in Erfurt lassen grüßen und wir sollen euch ausrichten, daß sie bis Herbst in einem Freibad residieren und da vor allem ganz viel Wiese haben. Falls ihr euch ein paar Tage im grünen Park erholen wollt, seid ihr herzlich nach Erfurt eingeladen. Zelt und Schlafsack mitnehmen und ab zum Espachbad, Luisenprk 1 in Erfurt-Süd.
Eine Neubesetzung hat es in Greifswald in der Faladastraße 9 gegeben. Sie warten auf eure Unterstützung - also los, Greifswald liegt schließlich fast an der Ostsee.

Zum Schwerpunkt: Zu Totalverweigerung haben wir keinen gesonderten Beitrag im Heft, weil die Artikel zum Zuvieldienst eigentlich nur als Aufforderung zur Totalverweigerung verstanden werden können. Wir danken der "Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär" für das uns zur Verfügung gestellte Material von dem wir reichlich in dieser Nummer Gebrauch gemacht haben.
Zum Thema Trotz1000 in diesem Vorwort nichts weiter mehr, da die Redaktion jetzt gleich zur Wasserpistole greift und friedenserzwingende Maßnahmen durchführen muß (siehe Seite 15).
Zum Schluß das Übliche: Wir sehen uns wie immer überall, da wo der Klassenkampf tobt, z.B. am 3. Juli um 19 Uhr am Breitscheidtplatz in Westberlin wegen Tag S - Demo. Ansonsten hoffen wir auf einen breiten Zivistreik am 5.Juli.



Inhalt

Aktuelles

Schwerpunkt

Sonstiges

Redaktionsadresse: Bandito Rosso (BZ)
Lottumstr.10a
~~O-1054~~ 10443 Berlin

V.i.S.d.P.:
G. Stoltenberg-Haudrauf

HerausgeberInnen:
BI zur Bewaffnung der Blauhelmsoldaten mit Wasserpistolen

Redaktionsschluß für die August-Ausgabe ist der 22.7.`93
Schwerpunkt ist diesmal "Frauen und Sexismus in linken Strukturen"

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



DIE ZEIT DER UNSCHULD MUSS VORBEI SEIN!

Es begann mit einem K3llerbrand nachts um 2.3o Uhr.
und endete mit einer toten Frau und einem toten Kind.

Beide sind unsere Nachbarn gewesen in einem Haus mit typischer "Kreuzberger Mischung" - wir fühlen uns damit wohl. Wir haben uns auch gefreut, als im April ein kurdisches Restaurant eröffnete, dessen Gesellschaftsräume und Küche im Seitenflügel sind.

Es begann mit einem Kellärbrand? N e i n , so harmlos können wir den Brand nicht mehr umschreiben. Es war ein Brandanschlag und wir behaupten, daß der Brand mit rassistisch-faschistischem Hintergrund an diesem Ort gelegt wurde.

Angela und Dario sind nicht Opfer tragischer Umstände. Die, die den Brand gelegt haben, haben Tote mit einkalkuliert.

Angela und Dario sind ermordet worden.

Rassistische Sprüche, faschistische Schmierereien gehören in unserem Hinterhof zum Alltag. Wir sind es so schrecklich gewohnt gewesen; wir haben gedacht, in Kreuzberg leben wir doch sicher, hier funktioniert das Schlagwort von der multikulturellen Gemeinschaft.

Aber wir mußten erst diese Nacht erleben, um zu begreifen, daß die Zeit der Unschuld vorbei sein muß.
Wir mußten die Bedrohung dieser Nacht erst selbst erleben, wir müsser erst um zwei Menschen trauern, um eine Realität zuzulassen:

Rassisten und Faschisten setzen auf Kolaboration:
Deutsche die darauf bestehen - so wie wir - daß sei in einer Gemeinschaft mit Frauen und Männer Aller Nationalitäten und Hautfarben leben wollen, sollen mit Gewalt dazu gezwungen werden, sich von eben diesen Menschen zu distanzieren.
Rassisten und Faschisten sagen uns: Wenn ihr eure Häuser nicht sauber haltet, dann erledigen wir das für euch. Wenn ihr dabei draufgeht, dann seid ihr selbst schuld.

DAS ist die neue Realität, die bei allen anderen Brandanschlägen der letzten Tage in Kreuzberg verkannt wurde.
Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus betrifft alle in dieser Stadt. Wir müssen ihn gemeinsam führen.

Der Schutz unserer Häuser ist unser Kampf als Hausgemeinschaft. Wir führen unserer Forderungen als Beispiel für alle Hausgemeinschaften an. Wir lassen uns von Hausverwaltung, Behörden etc. nicht länger hinhalten, wenn wir die Zustände in unseren Häusern und Höfen bemängeln.



Angriffe gegen Fascho-Veranstaltungen

Repression durch Antifas? An einem Tag (6.6.) wurden in Leipzig von Antifas zwei faschistische Veranstaltungen angegriffen. In den Vormittagsstunden stürmten (laut Polizei) ca. 50 Vermummte das Gartenlokal, in dem die Wiking-Jugend tagen wollte. Das vor der Gaststätte stationierte Polizeifahrzeug trat einen taktischen Rückzug an. Der Überfall dauerte nur wenige Minuten. Es entstand erheblicher Sachschaden. Am Abend desselben Tages wurde die Lesung der "Jungen Freiheit Verlags GmbH" im Rahmen der Buchmesse angegriffen. Die sich gern TAZistisch gebende konservative Monatszeitung versucht mit einer 30000er Auflage, neurechtes Gedankengut hoffähig zu machen und zu verbreiten. Sie macht gern auf intellektuell. Die Suppe wurde ihnen an diesem Abend versalzen. Der mangelnde Publikumsandrang wurde durch hohe Sachbeschädigung gut gemacht. Die Polizei spricht von 150 000 DM Sachschaden und einer schwer verletzten Person. Beide Male soll es sich (so die Polizei) um "Täter aus dem linksautonomen Spektrum" gehandelt haben. Von ihnen fehle aber noch jede Spur. Na, ist denn die Polizei jetzt auf dem linken Auge blind, grinst der Kantar

Bundestreffen der "BÜRGER" in Zittau am 26/27.Juli 93

Am 26./27.7.93 findet in Zittau das Bundestreffen der nationalistischen Partei "Die Bürger" statt. Die Veranstaltung soll in "irgendeiner zentral gelegenen Gaststätte" durchgeführt werden. Eine geplante Ortsgruppengründung selbiger Partei im November vorigen Jahres konnte in Altenburg durch eine friedliche Blockade des Veranstaltugsortes verhindert werden.(Eine spätere Aktion gegen diese Partei lief nicht ganz so friedlich ab.)
Da diese Partei ziemlich unbekannt ist,folgt hier eine kurze "Vorstellung":
Die Partei "Die Bürger" hat ihren Ursprung in Köln, wo sie als "Deutsche Autofahrerinteressengemeinschaft (DAFIG)" 17.9.1988 gegründet wurde, deren Wurzeln wiederum im "Deutschen Bürgerschutz" liegt (Gründung 1982). 1989 kamen der Vorsitzende Friedrich Ring und sein Stellvertreter Joachim Weier im Zuge einer Wahlkoalition mit den Republikanern (z.B. Manfred Rouhs) in den Kölner Stadtrat. Weier und Ring sind gleichfalls in einem Verein namens "Kultgemeinschaft für germanische Volksreligion - Wotans Wölfe" tätig (unter den Namen Mannus und Högni). Nachdem die DAFIG-Mitglieder aus der Koalition ausgetreten sind, erfolgte die Gründung der Partei "Die Bürger".
Einblicke in die Zielstellungen dieser Partei kann man durch Lektüre des hauseigenen Schundblattes "Bürgerforum" erhalten. Das Schmierblättchen enthält rassistische, volksverhetzende und faschistische Texte.
Inzwischen sind Ring und Weier auch wegen Volksverhetzung angeklagt worden. wobei Weier verurteilt worden ist.
Seit 1990 versucht Die Partei Fuß im Osten zu fassen mit Schwerpunkten in Berlin und Leipzig. Es scheint sich also in Zittau um ein Koordinierungstreffen für den Osten zu handeln. Vielleicht könnten Leute aus dieser Gegend mal ’n bisschen recherchieren. um gegebenenfalls eine kleine Aktion einleiten zu können.

Unabhängige Ökologen: Neuer Bundesvorsitzender

Bei ihrer Bundesversammlung am 1. Mai in Baunatal haben die Unabhängigen Ökologen, eine Abspaltung vor allem nationalrevolutionärer Kräfte aus der ÖDP, einen neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Herbert Pilch, Anglistikprofessor in Freiburg mit langjähriger Funktionärserfahrung in der ÖDP, löste den bisherigen Vorsitzenden, Wolfram Bednarski (Springe), einen bekannten Nationalrevolutionär, ab. Ein Kurswechsel ist damit nicht verbunden. Pilch gilt als einer der Theoretiker des nationalrevolutionären Regionalismuskonzeptes und als Spezialist für die keltischen Völker. Den Unabhängigen Ökologen ist es in den drei Jahren ihres Bestehens gelungen, die intellektuelle Anziehungskraft für nationalrevolutionäre und neofaschistische Ökologen zu entwickeln, an der es der ÖDP selbst zu Zeiten der Führerschaft Gruhls stets gemangelt hat. Ihr Bündniskonzept hat ihr zu einem anerkannten Platz auch im rechtskonservativen Spektrum verholfen. Enge Beziehungen bestehen z.B. zur Bayernpartei und zur DSU. Eine gemeinsame Kandidatur dieser drei und weiterer, ähnlich ausgericheter Gruppierungen zur Bundestagswahl ist zu erwarten. Eine Klage gegen die 5 %- Klausel ist beim Bundesverfassungsgericht bereits durch den Frankfurter Rechtsanwalt Helmut Kirchner. Landesvorsitzender der Unabhängigen Okologen in Hessen. angestrengt worden.



...das Übliche...?! Geschichte einer Hausbesetzung

Instandbesetzung des Objektes Jägerplatz 14 Jugendlichen Alternativen zu bestehenden kommerziellen, einseitig festgefahrenen Jugendfreizeiteinrichtungen bieten; sie von der Straße weg in eine sinnvolle, selbstgestaltete Freizeit einbinden und damit Gewalt zu vermindern; eigene Ideen und Vorstellungen in puncto selbstverwaltete Kulturprojekte verwirklichen; Häuser vor dem Kaputtbesitzen und dem Verfall zu retten; mit vielen unterschiedlichen Menschen in zu schaffenden Wohnräumen zusammenzuleben und zu kommunizieren - konkret: FREIRÄUME schaffen!

Dies sind nur einige wenige Gedanken, die mir beim "Thema" Hausbesetzung einfallen - und damit als Grundlage versuchte ich an die ganze Sache heranzugehen. Jedoch im Laufe der Zeit, bei den Vorbereitungen, der Besetzung und den "Nachverhandlungen" wurde ich das Gefühl nicht los, daß sich eben nicht alle Menschen, die sich zusammengefunden hatten, um das Objekt Jägerplatz 14 instandzubesetzen, genau solche grundlegenden Gedanken durch den Kopf gehen ließen, aber dazu später...

Kurz zur Vorgeschichte - das "Thema" Hausinstandbesetzung geisterte schon weit mehr als 2 Jahre durch die Köpfe einer größeren Anzahl SympathisantInnen der HausbesetzerInnenszene, um neben bestehenden korrekten Projekten, wie dem besetzten Haus in der Kellnerstraße 10a eine weitere dringend benötigte Alternative zu schaffen.

Während einige Menschen versuchten, mit dem örtlichen Jugendamt über die Bereitstellung eines geeigneten Objektes für ein Jugend-Wohn- und Kulturprojekt zu verhandeln, ergriffen andere oder zum Teil dieselben Menschen Eigeninitiative, da ihnen klar wurde, daß das Jugendamt (in Person von Frau Günther) und der Magistrat (in Person von dem Dezernenten für Soziales und Jugend Herr Till) eine völlig verlogene, hinhaltende und destruktive Linie fuhren.

So werden Häuser in der Windhorststraße (seit über 2 Jahren geduldet und nun kurz vor der Räumung?!), der Arndstraße (4 Tage später geräumt), der Reuterstraße (nach wochenlanger Duldung geräumt?!) und der Thüringer Straße (Räumung bis September aufgeschoben und nicht aufgehoben?!) besetzt.

Ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom Herbst 1991: besetzte Häuser zu begleiten, fiel in der Praxis erstmal ganz unter den Tisch. Das Problem fehlenden Wohnraums und fehlender Jugend-Freizeit-Kulturprojekte wurde in letzter Zeit zwar mehrmals ernsthaft am "Runden Tisch" diskutiert, konkrete Ergebenisse oder Lösungsvorschläge kamen jedoch nie zustande. Hinzu kam die bevorstehende, für Ende Mai geplante, Räumung der Thüringer Straße.

So zogen immer mehr Menschen die Konsequenzen aus dem verlogenen Verhalten der Stadtoberen und ihrer Büttel und es rückte konkret eine Rückführung eines geeigneten Objektes in volkseigene Hände von Jugendlichen in den Vordergrund. In mir keimte ein Funken Hoffnung auf, daß trotz aller bestehenden Vorurteile und Bedenken untereinander, endlich mal ein Zusammengehen vieler Menschen mit unterschiedlichsten Vorstellungen und Ideen aus unterschiedlichen Umfeldern der halleschen linken Szene (wie Thüre, Paulusviertel, Kellnerstraße, Neustadt) möglich war. Jedoch zeigte sich schon bei den Vorbereitungen, daß dieses Problem weiter und teilweise noch krasser bestehen bleibt.

Bei der Suche nach einem unseren Vorstellungen entsprechenden Haus schauten sich zufällig einige Menschen auch den Jägerplatz 14 an: "Das ist es! Das und kein anderes!"

Das Haus und das dazugehörige Grundstück, baulich in einem einwandfreien Zustand, bieten durch die vorhandenen räumlichen und technischen Voraussetzungen (technisch komplett eingerichtetes Café/Saal/Küche/Thresen etc.) eine ideale Ausgangssituation, um eine größere Anzahl von Projektideen verwirklichen zu können, um schnellstmöglich eine Selbstfinanzierungsquelle eröffnen zu können und den vorhandenen Wohnraum sofort zu nutzen.

Das ehemalig volkseigene Haus wurde bis Anfang 1993 als Jugendtreff von der fdj genutzt und steht seitdem unter der Verwaltung des Bundesvermögensamtes. Nun hat eben diese Staatsbehörde vor, das Grundstück an den meistbietenden Spekulanten zu verschachern - ein schön spießiges Nobelhotel oder 'ne neue "Deutsche Bank"-Filiale passen den Herren Ex-Volkseigentumsverwaltern natürlich besser in ihren Kram als eine Weiternutzung als Jugendfreizeitobjekt - die Staatslinie liegt klar auf der Hand!

Nach vorangegangenen Erkundigungen hätten nun konkrete Vorbereitungen, d.h. Absprachen über technische Möglichkeiten vor und während der Besetzung, konzeptionelle Diskussionen usw., erfolgen müssen, doch meiner Meinung nach liefen schon dabei grundlegende Sachen vor den Baum. Es wurde euphorisch herumgelabert, aneinander vorbeigeredet, bestehende Vorurteile untereinander wurden überhaupt nicht ausdiskutiert, Meinungsverschiedenheiten endeten oft in Streitigkeiten, Kritik am teilweise aufkommenden "Sektierertum" wurde zurückgeschmettert, Konsequenzen einer Besetzung (z.B. Verhalten bei der Räumung) wurden bei vielen Menschen nicht oder nur unzureichend gezogen und mir kam es oft so vor, daß einige Leute nur so "just for fun" mitmachten oder es ihnen hauptsächlich nur um eine Verbesserung ihrer Wohnsituation ging. Es geisterten alle möglichen Ideen für die Nutzung des Objektes herum, anstatt gemeinsam konzeptionelle und durchführbare Möglichkeiten abzuwägen (ein Café ist zwar ganz toll, aber daß daran ein ganzer Rattenschwanz von Streß, Arbeit und Engagement hängt, war wohl nur wenigen bewußt), völlig euphorisch wurden konstruktive Kritik und Zweifel übergangen. Es fehlte einfach an einer gemeinsamen gut überlegten Grundlage unter den BesetzerInnen oder denen, die sich dafür hielten. Hinzu kam, daß interessierte Menschen entweder nicht genügend mit einbezogen wurden oder ganz ausgegrenzt oder vergessen wurden (z.B. Neustädter). Für mich stellte sich diese ganze Vorbereitungsrumeierei als der größte Fehler dar - als Versagen von uns allen. Aber auch als ein Fehler, aus dem wir unsere Konsequenzen ziehen müssen und lernen müssen für die Zukunft.

Trotz aller Bedenken und Zweifel, auch wegen der teilweise mitreißenden euphorischen Stimmung, entschied ich mich für's Mitbesetzen.

Der Termin wurde auf Donnerstag, den 20. Mai, angesetzt, einfach auch aus dem Grund, den am Mittwoch in der halleschen Stadtverordnetenversammlung gefaßten Beschluß, 2 Häuser für Jugendliche seitens der Stadt bereitzustellen, in die Tat umzusetzen.

Nach 10 Uhr tauchten dann immer mehr BesetzerInnen und SympathisantInnen am Haus auf - Motto: "Heut fahren wir nicht gen Himmel, sondern zum Jägerplatz!" In kürzester Zeit waren Strom und Wasser im Haus wieder hergerichtet, der Hof war für eine abendliche Besetzungsparty aufgeräumt, die "Selbstversorgung" wurde organisiert, daß Haus wurde abgesichert, Wohnräume wurden ausgemistet. Tja, schon dort (wie heißt's so schön) trennte sich "die Spreu vom Weizen". Menschen, die eigentlich nicht direkt mit der Besetzung oder den anstehenden Projekt zu tun hatten, engagierten sich teilweise mehr, als einige der eigentlichen BewohnerInnen, die sich auf's Dasein und Rumlabern beschränkten. Hier ein Riesendankeschön an die Kellnerstraßenbesatzung, für ihre tatkräftige Hilfe und Unterstützung bei der Besetzung und den "Nachverhandlungen"!

Und dann war da noch ein wenig Zeit am Nachmittag, um endlich mal eine genauere konzeptionelle Diskussion zu führen - denkste?!, wie dies geschah und was dann bei der ersten schriftlichen Grobkonzeption rauskam - naja "unter aller Sau" ist noch milde ausgedrückt - eine Menge (wohl unzureichend) überlegter Ideen, gemischt mit Eigenmächtigkeiten (Hilfskomitee) und in einem mächtig anbiederndem Stil. Manchen Leuten schienen die Sicherung ihres Wohnraums und die Partyvorbereitungen wichtiger zu sein als das danach!

Euphorie reißt mit, und auf der von massig Leuten besuchten Party vergaß ich auch meine Bedenken vor allem vor dem nächsten Morgen und einer eventuellen Räumung. Dieser Gedanke wurde irgendwie von uns allen verdrängt, eine Absprache über das Verhalten bei Räumung erfolgte einfach nicht, eigentlich war mir klar, daß eine militante vermieden werden sollte.

Und dann saßen am nächsten Morgen nur eine Handvoll Menschen - einen Gefühlsausbruch über die vielen, die ihr

Versprechen nicht hielten, in den ersten Tagen das Haus mit abzusichern, verbeiße ich mir jetzt. Glücklicherweise gibt's da ja noch einige ernstzunehmende UnterstüzerInnen, die uns noch rechtzeitig davon informierten, daß sich ein Haufen böser Grünlinge am Hallmarkt zusammenrottete.

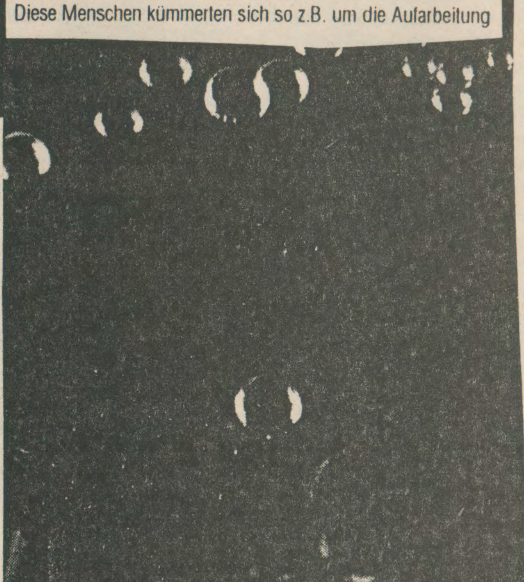
Einige Menschen hielten es nun für das Sinnvollste, eine "Abordnung" zum Obergrünling dieses Haufens (Herr Wolters) zu schicken, um eine bevorstehende militante Räumung zu verhindern. Dies gelang gerade noch so, kurz bevor sich der Treck der spaceartigen Wesen in Grün in Fahrt setzte, und so wurden die "Abgeordneten" zu ihrer eigenen Räumung freundlich eingeladen, die Armada der Grünlinge bleib am Revier.

Die nun anstehende, von einer interessierten und fotogeilen Presse begleitete Räumung verlief friedlich. Das Haus wurde beräumt; die Menschen, die am frühen Mittag noch der Besetzung frönten, erhielten eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Mit der Zeit kamen immer mehr SympathisantInnen zum Jägerplatz, und heiße Diskussionen untereinander und mit der Presse wurden geführt: 2 Stunden später Krisensitzung der BesetzerInnen - und wieder dasselbe wie bei den Vorbereitungen - mensch kann wohl doch nicht so schnell lernen. Die Diskussionen waren streckenweise voll daneben, jegliche Kritik wurde niedergeschmettert. Wenigstens konnten sich die BesetzerInnen auf den "Klage-Gang" zum Magistrat + Besuch beim Herrn Till und eine abendliche Mahnwache vor dem Objekt einigen. Unser Jugend- und Sozialdezernent blockte erstmal völlig ab und wandte die übliche Hinhaltetaktik an - was anderes außer einem neuen Termin konnte nunmal nicht dabei rauskommen.

Die mit Transpis durchgeführte "Mahnwache" vor dem Haus an der Pfälzerbrücke wurde schon nach 3 Tagen am Sonntag wegen mangelnder Beteiligung abgesetzt. Naja, es lag auf der Hand, daß unter den BesetzerInnen überhaupt keine klare Linie gefunden wurde, wie es nun weitergehen sollte - ob Verhandlungen mit der Stadt erfolgen sollten (und wie die enden, müßte wohl jedem inzwischen klar sein) oder ob eventuell eine Neubesetzung erfolgen sollte, wie mensch die Öffentlichkeit (durch die Presse) für das Problem interessieren könnte oder wie mensch weitere SympathisantInnen (z.B. beim Runden Tisch oder den Bürgerbewegten) gewinnen könnte. Diese Gedanken waren zwar im Ansatz vorhanden, wurden aber nie von allen gemeinsam ausdiskutiert, so kam, was kommen mußte: Vom ganzen Besetzungshaufen blieben gerade mal 8 - 10 Menschen. Und von denen hatte ich das Gefühl, daß sich zwar wenigstens alle noch für die Sache interessierten, jedoch nur vielleicht die Hälfte versuchte, mit Engagement und einer gewissen optimistischen Hartnäckigkeit weiter für den Jägerplatz zu votieren, einfach mal, weil es ihnen ernsthaft um die Sache ging und sie von der Stadt ernstgenommen werden wollten.

Diese Menschen kümmerten sich so z.B. um die Aufarbeitung einer detaillierten Konzeption für das Projekt Jägerplatz 14 (Café + Kneipe, Konzerte, Filmvorführungen, Büroräume, Siebdruckerein, Selbsthilfewerkstatt, Volxküche, Computerraum, ökologische Selbstversorgung und die Einbeziehung eines Skaterprojektes), weiterhin um die Ausarbeitung einer Satzung für die bevorstehende Gründung eines Vereins für das Projekt (Subkultur e.V) und um weitere, aus meiner Sicht eigentlich zwecklose Verhandlungen mit Magistrat und Jugendamt. Bei diesen Verhandlungen wurde mir klar, mit welcher Verlogenheit das Jugendamt uns versucht zu verschaukeln, uns abzulenken (Angebot eines Ausweichobjektes), uns zu umgarnen (Vorstellung von Finanzierungsmöglichkeiten) (wie ernst es ihnen damit ist, **selbst**verwaltete Projekte zu unterstützen, zeigt sich wohl am besten am Beispiel Kellnerstraße - der Setzer) und uns hinzuhalten (Brief an Bundesvermögensamt/Ministerium - Papier ist geduldig?!). Es lief alles darauf hin, von Anfang an Kontrolle über uns und unser weiteres Vorgehen zu erlangen (z.B. heißt Finanzierung durch's Jugendamt, Kontrolle durch dieses). Darauf habe ich und eine ganze Menge anderer BesetzerInnen und SympathisantInnen keinen Bock. Ein eigenständiges, selbstverwaltetes und selbstfinanziertes Kultur- und Wohnprojekt für Jugendliche am Jägerplatz 14 bleibt unsere Forderung, und hoffentlich begreifen ein paar Menschen mehr die Dringlichkeit eines gemeinsamen Vorgehens bei einer Besetzung und engagieren sich nun konsequenter! Für den weiteren Kampf um unser Jugendprojekt! Und den Staatsbütteln sei gesagt: "Wer Jugendprojekte zerstört, provoziert Gewalt" - "Wer besetzte Häuser räumt, wird angegriffen!"

IF THE KIDS ARE UNITED; THEY WILL NEVER BE DINIDED!



Kurzbericht Ostvernetzungstreffen

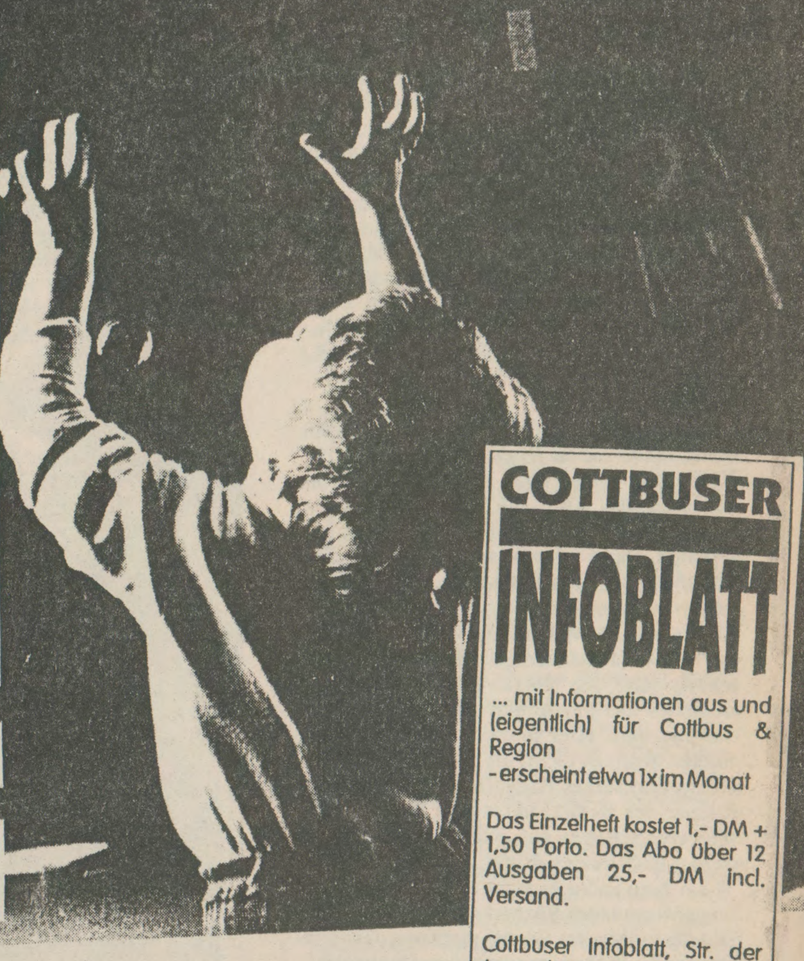
Anfang Juni fand auf einem Bauernhof in Schmölln das 3.Ostvernetzungstreffen statt. Bis auf den Pendelverkehr hat organisatorisch eigentlich alles ganz gut geklappt. Leider waren nicht so viele Leute da, wie erwartet.

Am Freitag haben wir uns erstmal die Umgebung angesehen und wegen der guten Stimmung das Anfangsplenum auf Samstag verschoben. Am nächsten Vormittag fing dieses dann nach einigen Startschwierigkeiten ganz gut an. Es kamen die Arbeitsgruppen "Perspektiven", "Antifa","BZ" und "Sexismus in linken Strukturen" zustande. Abends war dann ein großes, zum Teil gutes und zum Teil ätzendes Abschlußplenum, bei dem die einzelnen AG's noch einmal gemeinsam diskutiert wurden. Dabei wurde sehr kontrovers zur "Antifaschistische Aktion bundesweite Organisation" diskutiert. Auf die einzelnen AG's will ich nicht näher eingehen, da die Städte ein genaueres Protokoll zugeschickt bekommen. Ausnahme: die Sexismus AG hat beschlossen, daß sie die Augustnummer der BZ zum Schwerpunkt "Frauen und Sexismus in der linken Szene" machen will und daß aufgrund dieser Nummer beim nächsten OVT die Sexismus AG, unter hoffentlich größerer Beteiligung, fortgesetzt werden soll.

Samstag abend gab's dann noch eine Party, bei der wir auch Zeit hatten, nochmal im kleineren Kreis zu reden oder die Gespräche für uns zu durchdenken.

Abschließend sei noch zu sagen, daß es von der Stimmung und Atmosphäre her ein sehr schönes Treffen war, daß wir alle viel Zeit füreinander hatten und daß es im ganzen eher gemütlich und ruhig, als stressig war.

Und, eigentlich müßte es ganz oben stehen, vielen Dank an die SchmöllnenserInnen für Essen, Unterkunft, Geduld und Vorbereitung.



COTTBUSER INFOBLATT

... mit Informationen aus und (eigentlich) für Cottbus & Region
- erscheint etwa 1x im Monat

Das Einzelheft kostet 1,- DM + 1,50 Porto. Das Abo über 12 Ausgaben 25,- DM incl. Versand.

Cottbuser Infoblatt, Str. der Jugend 155, 03046 Cottbus

(N)Olympischer Baubeginn
oder wie Bürgerbegehren beerdigt wurde

Nun ruht er sanft , unser kleiner Freund Bürgerbegehren Olympiabauten-im-Prenzlauer Berg, ruht sanft im olympischen Untergrund des zukünftigen Radsporttempels (da, wo einst die Werner-Seelenbinder-Halle stand). Gut Hundertfünfzig waren gekommen, letzten Abschied zu nehmen: seine Mütter und Väter von den Betroffenenvertretungen in Prenzlauer Berg, seine ErzieherInnen von den Fraktionen des Bündnis 90 und der PDS. seine SpielgefährtInnen vom Gleimtunnel und von der Anti-Olympia- Koordination. viele autonome FreundInnen aus der ganzen Stadt. Er. dessen Lebensinhalt der Wunsch nach Bürgerbeteiligung am Planungsverfahren und die Forderung nach Baustopp bis zur Olympiaentscheidung war. wurde hinterrücks ermeuchelt von Vorzeitiger Baubeginn-am-16.Juni. Vorzeitiger Baubeginn. die Brut von Nagel. dem Palladin fürs Bauwesen und König Diepgen selbst. wurde in die Welt gesetzt. um die olympischen Götter in Lausanne zu erfreuen. die zur Zeit dem König und der Stadt nicht günstig sind.
Die Trauergemeinde war aufgebracht über den allzufrühen Tod des kleinen Bengels..

Pfarrer Kult versuchte zu besänftigen. nannte Bürgerbegehren einen kecken Burschen. dessen Zeit noch nicht gekommen sei. schilderte seine Visionen von unbeschwertem Radfahren unter dem Dach des zukünftigen Tempels. in verkehrssicherer Umgebung und ohne Ozon in der Atemluft. Warum noch Radwege fordern in der großen Stadt. fragte er endlich listig. angesichts dieser zukünftigen Pracht und Herrlichkeit?
All dies predigte Pfarrer Kult, aber die Unruhe unter den Trauernden wollte sich nicht legen.
Bürgerbegehren war ein hoffnungsfrohes Kind, das täglich wuchs und wuchs. Nur noch wenig fehlte bis zu jener Grenze von 10%, die ihn zum vollwertigen Erwachsenen hätten werden lassen. Am 1.Juli wäre er zweifellos als kräftiger Jüngling zur Reifeprüfung erschienen. Dann wäre er amtlich geprüft und schließlich vor das Parlament des Bezirkes geführt worden. Hier hätte er seine ganzen Künste und Fertigkeiten zeigen müssen und das waren nicht wenige. Ob er es aber geschafft hätte, die Herren und Damen Parlamentarier aus des Königs Bann zu befreien. war ungewiss. Hier sind die Nebel des olympischen Wahnes dicht, die dunkle Magie des Königs und seines Palladins durchdringt die Räume des Bezirksamtes und liegt wie ein schwerer Schatten auf jedem Ratsspruch, der von hier nach aussen dringt.
Doch dazu sollte es nicht mehr kommen. der feige Mord nahm Bürgerbegehren das Leben. Die Menschen im Bezirk mochten den Knaben und gaben ihm gerne ihre Unterschriften. Er erinnerte sie an eine Fee mit Namen Demokratie, die ihnen einst erschienen war. nun aber schon lange nicht mehr gesichtet wurde. Bürgerbegehren sprach zu ihnen häufig von den verfallenen Schulturnhallen und den fehlenden Toiletten in den Kindergärten des Bezirkes und vom bösen Fluch SPAREN. mit dem der König alle Verbesserungen verhinderte. Er erzählte von den sagenhaften Schätzen. die dieser mit seinem Palladin zur gleichen Zeit hortete. um den dunklen olympischen Göttern Tempel zu bauen.
Schließlich klärte er sie über die Lügen auf. die die königsstreue Presse zu den olympischen Tempeln verstreute. So hieß es, die Tempel würden Reichtum und Wohlstand anziehen und alle BürgerInnen der Stadt glücklich machen. In Wahrheit machten die Tempel nur die Günstlinge des Hofes reich. In einer anderen Stadt. vor Jahren ebenfalls vom olympischen Wahn erfasst. hatten vor kurzem viele BürgerInnen revoltiert. weil sie sich kaum noch ernähren konnten.
Ausserdem hieß es, die Tempel dienten den Bedürfnissen der Bevölkerung. Warum aber. zum Beispiel. der olympische Tempel für den Schwimmsport ausgerechnet neben das SEZ, den modernsten und prächtigsten Tempel des Wassergottes in der Stadt, gebaut werden sollte, leuchtete Bürgerbegehren überhaupt nicht ein. Hierhin pilgerten bisher die BürgerInnen aus der ganzen Stadt, vor allem die Jugend, um sich an den Wasserspielen des Gottes zu erfreuen. Jetzt allerdings hing der böse Fluch SPAREN über seinen Becken und Bädern und der Tempel droht zu verfallen.
An all dies und noch viel mehr erinnerten sich die Trauergemeinde während der Rede des Pfarrer Kult. Der Sarg des kleinen Bürgerbegehren war bedeckt mit Kränzen. Vorbei an den grünen Garden des Königs. an den surrenden und blitzenden Kameras der Presscscharen hatte sie ihn geleitet auf seinem letzten Gang zu jenem schrecklichen Ort. an dem Vorzeitiger Baubeginn sein meuchlerisches Handwerk trieb. Hier. vor den Augen des Königs. seines Palladins und all der heuchlerischen Höflinge sollte Bürgerbegehren seine letzte Ruhe finden.
Da nützen die beschwörenden Worte des Pfarrers nichts. als der König selbst auf dem Platz erschien. um Vorzeitigen Baubeginn. den heimtückischen Meuchler. zu feiern. Ein Murren und Klagen hob an. Einzelne Stim-

Krawalle: Chaot wollte Diepgen angreifen

Leibwächter und Zivil-Polizisten nehmen einen brüllenden Olympia-Gegner fest, der es bis hinter Diepgens Rücken schaffte.

men erdreisteten sich gar, den König selbst einen Mörder zu nennen. Ein wenig abseits von der Trauerstätte war eine Bühne errichtet. Dorthin verschwand der König sofort. Hier waren die Höflinge versammelt, bereit, den Worten des Königs und seines Palladins mit ehrfurchtsvoller Miene zu lauschen. Und auch die grüne Garde war hier, wie üblich in großer Zahl. Als der Palladin jedoch die Bühne betrat, steigerte sich die Unruhe aufs neue. Die Trauergemeinde begann laut zu wehklagen, zu pfeiffen und zu schreien und drängte zu ihm hin. Die grüne Garde des Königs griff ein. Sie versuchte die Trauergemeinde vom König fernzuhalten, drückte sie jedoch genau in die Schar der Höflinge, die ängstlich auseinanderstieb.

War das ein Gerenne und Geschrei. Der König ergriff das Wort und wertete den Vorgang, umringt von seiner grünen Garde, als Zeichen für die Anwesenheit der Demokratie. Diesen Trick hatte er vor kurzem von einem olympischen Gott aus Dänemark gelernt, als der auf einem Stadtbesuch eine ähnliche Situation miterleben durfte. Um der Rede des Königs Nachdruck zu verleihen, verprügelten die grünen Garden eine jungen Frau bis sie blutete und schleiften einen anderen an seinen Haaren quer über den Platz. In königstreuen Zeitungen hieß es später, sie hätten gewagt, den König selbst tätlich anzugreifen, aber das ist gelogen.
Über Bürgerbegehren fand der König nur verächtliche Worte, die im Tumult und aufgrund der häufigen Unterbrechung der Lautsprecheranlage jedoch kaum jemand verstand. Dann redete noch der Großpriester des Weltradsportverbandes aus Holland, der sich riesig darüber freute, daß sein Tempel schon vor dem Entscheidungsspruch der olympischen Götter errichtet wird. Der Teil der Trauergemeinde, der der grünen Garde des Königs bisher entwichen war, freute sich ebenfalls über den Holländer und bejubelte die große Stadt Amsterdam.
Endlich begann ein großer Bagger damit, ein Loch in die Erde zu rammen. Vorzeitiger Baubeginn nahm seine üble Arbeit auf. Von einem Dach gegenüber ertönte einsam eine Sirene als Zeichen des Protests.
Das durch und durch königstreue Fernsehen berichtete später von einer historischen Stunde der Stadtgeschichte, die durch einige hirnverbrannte, bösartige und aufgehetzte Elemente gestört wurde.

Katarina Witt sorgt für Verstimmung

Berliner Olympiabewerber verärgert über Vortrag

Von unserem Mitarbeiter
Jens Weinreich, Lausanne

Die Berliner Olympia-Delegation hatte sich schon auf ein geruhsames Ende des Einsatzes in Lausanne gefreut, da sorgte Katarina Witt für Verwirrung und Irritationen. Die zweifache Eiskunstlauf-Olympiasiegerin war vom IOC als eine von 17 Persönlichkeiten auserwählt worden, die auf der 100. IOC-Session zum Thema „Olympismus und Kultur" das Wort ergriffen.

Die in Berlin wohnende und trainierende Chemnitzerin sprach unter anderem darüber, daß „die Olympischen Spiele oft genug für politische Ziele mißbraucht wurden", beginnend 1936 bis hin zum Boykott von 1980 und den „Folge-Boykotts". Eine Feststellung, gegen die so nichts einzuwenden ist, „wenngleich das in einer Rede zu Sport und Kultur vielleicht nichts zu suchen hat", wie NOK-Präsident Walther Tröger erklärte.

IOC-Ehrenmitglied Berthold Beitz war indes von den Aussagen Katarina Witts so schockiert, daß er stürmisch den Vortragssaal im neuen Olympischen Museum verließ. „Es steht ihr nicht zu, darüber zu reden", erklärte Beitz zornig. Die Berliner Olympiabewerber, total verunsichert allein durch die Erinnerung an die Olympischen Spiele von 1936, reagierten völlig verstört. Brigitte Schmitz, Leiterin der Internationalen Abteilung der Olympia GmbH, verschlug es gar die Sprache, zu einer Stellungnahme war sie wenige Minuten nach Katarinas Rede kaum in der Lage. Für Thomas Bach, neben Walther Tröger zweites deutsches IOC-Mitglied, bedeutete die Aussage der 27jährigen Sächsin indes kein Problem: „Man kann damit leben." Sein IOC-Kollege Anton Geesink (Niederlande) erklärte salomonisch, „daraus kann ein jeder seine eigenen Schlüsse ziehen". Auch Walther Tröger wollte sich nicht von der Hektik der Berliner erfassen lassen: „Es gibt schlimmere Dinge. Als Berliner Bewerber sage ich natürlich, dieses war nicht notwendig, doch Katarina Witt darf genauso wie Herr Beitz ihre Meinung haben."

Aufregung um nichts? Die Reaktionen der Berliner Olympiabewerber lassen zumindest eine große Unsicherheit in der Auseinandersetzung mit den Spielen des Jahres 1936 schließen. Katarina Witt hat nur das gesagt, was ohnehin jeder weiß, und dies vorsichtig formuliert. Ihre Aussagen damit in Zusammenhang zu bringen, daß sie sowohl als Olympiabotschafterin als auch für die sechsköpfige Berliner Delegation bei der entscheidenden Präsentation der Olympiabewerber im September in Monte Carlo im Gespräch war und dann doch nicht auserwählt wurde, und nun einen „Racheakt" startete, wäre böswillige Unterstellung.

Neben Katarina Witt sprachen auch der kanadische Eiskunstlauf-Olympiasieger Toller Cranston und die ehemalige Weltklasseturnerin Vera Caslavska, heute NOK-Präsidentin der Tschechischen Republik.

Großzügigkeit der Olympia-Macher kritisiert

Der Bund der Steuerzahler hat am Freitag Kritik an den spendablen Olympia-Machern geübt, die bereits für die in Atlanta stattfindenden Spiele Reise und Aufenthalt der Teilnehmer aus „armen Ländern" finanzieren wollen. Mit der Zusage für Atlanta in einer Situation, in der soziale Leistungen und öffentliche Mittel gekürzt und gar gestrichen werden müssen, ist für den Steuerzahler nicht zu verstehen, daß diese Kosten übernommen werden sollen, heißt es in einer Mitteilung.

Schweizer Polizei schob 25 Berliner Autonome ab

Lausanne. dpa/eb
Die Schweizer Polizei hat gestern vormittag 25 Demonstranten aus Berlin abgeschoben, die am Vortag in Lausanne am Rande der Feiern zur Eröffnung des Olympischen Museums wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit festgesetzt worden waren. Ein Aufgebot von Sicherheitskräften brachte die Freigelassenen zu einem Zug. Sie dürfen die Schweiz für die nächste Zeit nicht mehr betreten.

Bei den Demonstranten, die am Vortag auf dem Rathausplatz vergeblich einige Eier in Richtung des IOC-Präsidenten Juan Antonio Samaranch zu werfen versuchten und vor dem Museum die Parole „No Olympics" gerufen hatten, handelt es sich nach Angaben des Sicherheitsbeauftragten der Olympia 2000 Berlin, Peter Hanisch, um „militante Autonome". „Nur durch das schnelle und energische Einschreiten der Kantonspolizei sind Ausschreitungen verhindert worden", sagte Hanisch.

Bei den Durchsuchungen der Festgenommenen fand die Polizei blaue Farbe, offenbar sollte der weiße Marmor-Brunnen vor dem Museum bespritzt werden. Nach Schweizer Angaben umfaßte die aus Berlin angereiste Gruppe der Autonomen 50 Personen.

LAUSANNE IST EINE REISE WERT

Am 23.6.93 wurde in Lausanne das "Olympische Museum" mit dem sich das IOC selbst ein Denkmal setzen will, eingeweiht. Das gesamte IOC und reichlich Politprominenz (Diepgen, Reuter von Daimler Benz usw) waren anwesend. Dies war noch einmal eine gute Gelegenheit für Berliner OlympiagegnerInnen lautstark diesen "Damen und Herren" zu zeigen, was sie vom IOC, den Olympischen Spielen in Berlin und überall anders halten. Beate, eine der 50 Leute, die sich auf den Weg nach Lausanne machten, erzählt:



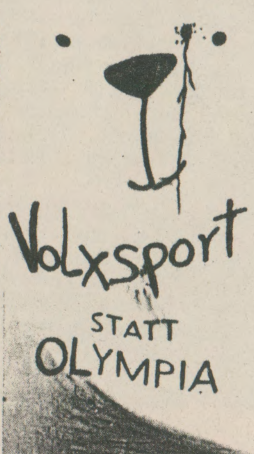
bz: In den Tageszeitungen war zu lesen, daß ihr Eier auf Samaranch geschmissen habt... Erzähl mal was darüber und über eure anderen Aktionen.

beate:Erstmal haben wir uns gesagt, daß wir keine Chance haben ganz nah ans IOC ranzukommen, wenn wir aussehen wie immer. Deswegen haben wir uns als "Normalos" verkleidet, so mit Schlips und Anzug oder`n schickes Kleidchen. Vorm Rathaus fand `ne Eröffnungsrede statt und da flogen dann Eier auf Samaranch und co., begleitet von Anti-Samaranch -und Anti-Olympia-Parolen. Später gab es dann vor dem Museum, das am Genfer See liegt, die richtige Eröffnungsfeier, die wirvon Tretbooten und von Land aus mit Parolen und Transpis beglückten. Eigentlich wollten wir noch mehr machen, faule Törtchen werfen usw. - das klappte aber nicht, teils wegen technischer Panneb, teils weil wir total schnell abgegriffen wurden.

OLYMPIA BONZEN ANGREIFEN

bz: Du hast erzählt, daß ihr gut verkleidet wart, wie konntet ihr dann trotzdem so schnell abgegriffen werden?

beate: Die wußten vorher schon teilweise, wer wir sind. An der grenze ham die Pässe von uns abfotografiert und die Schweizer Bullen hatten wohl auch im Vorfeld Kontakt zu Berlin. Die ham damit gerechnet, daß wir was machen.Einzelne Leute waren also schon bekannt. Vor`m Rathaus am Vormittag waren außer uns und den Bullen hauptsächlich ältere Leute und Familien, deswegen war es da nicht so schwer uns wiederzuerkennen.
Außerdem waren 900 Bullen im Einsatz, davon total viele Zivis. Die Schweizer Bullen waren auch ganz klar auf Abgreifen drauf. Es ging denen gar nich darum, uns wegzudrücken oder ähnliches, sondern nur uns einknasten und abschieben. Kann sein, daß die Bullen in Lausanne deswegen so heftig drauf sind, weil dort der IOC-Hauptsitz ist, die deswegen die Stadt ruhighalten wollen und da ja auch schon öfter was abgelaufen ist.



JUGEND TRAINIERT GEGEN OLYMPIA

bz: 25 Leute aus Berlin sin eingefahren. Wie war das da im Knast?

beate: Die ham uns in überheizte Einzelzellen gesteckt, alles kahl, nur versiffte Pissbecken din, ohne Fenster, mit Kameras und abgehört natürlich, mit Beton-Pritschen. Teilweise bekamen die Leute erst sehr spät Matratzen und Decken. Ich muß aber sagen, daß es bei mir in der Ecke auch ziemlich lustig war, wir konnten uns durch Rufen unterhalten, auch mit dem Stockwerk drüber. Teilweise konnten wir auch die Türklappen und die Türen öffenen und uns sehen.
Die Verhöre waren ganz unterschiedlich. Es wurde versucht, einige Leute zu bedrohen und einzuschüchtern - sie wurden angebrüllt und es fielen Sprüche wie "Ihr gehört doch alle ins Arbeitslager" usw... Bei mir wars nicht ganz so schlimm. Aber kacke war es trotzdem für uns alle, weil wir ja nicht genau wußten, wie die Rechtslage in der Schweiz ist, ob es ähnlich ist wie bei uns, was wir dürfen und was nicht. Dann hab ich mir halt überlegt, daß ich damit genau so umgehe wie zu Hause, hab also nur Fragen zu meinen Personalien beantwortet und sonst das Maul gehalten und auch nichts unterschrieben.
Wir sind alle zwischen 12-17 Uhr am Mittwoch eingefahren und kamen dann am Donnerstag gegen 10 Uhr wieder aus dem Knast.

bz: Ihr seid dann abgeschoben worden. Wie lief das ab?

beate: Die ham uns in 4-6er Gruppen zum Bahnhof gefahren, der Bahnpolizei übergeben und dort wurden wir nochmal `ne halbe Stunde eingesperrt. Dann ham sie uns Zugtickets nach Basel in die Hand gedrückt, uns auf den Zug gebracht und gewartet, bis wir weg waren. In Basel sind wir dann einfach über die Grenze gegangen.
Für3 von uns lief es allerdings hftiger ab. Die waren fast 24 stunden im Knast und wurden dort von einer Zelle in die andere verlegt. Und die mußten dann auch im Gepäckwagen mit Bullenbegleitung in einer winzigen Zelle mit Sitzgelegenheit für nur 2 Leute die Bahnfahrt überstehen. Sie wurden an der Grenze dem BGS übergeben. Dort wurden sie dann allerdings freigelassen. Es war für die Leute ein ganz schöner Horrortripp, wiel die das mit dem BGS wußten, aber völlig im Unklaren darüber gelassen wurden, ob der BGS sie weiter im Knast behält, und was sonst noch nachkommt.

bz: Hat sich der ganze Aufwand für dich gelohnt?

beate: Erst war es für uns sehr ärgerlich, für so `ne Lappalie wie Parolen rufen einzufahren und den ganzen Steß zu haben, aber dann ham wir Zeitungen gelesen und festgestellet, daß die ganze Aktion doch ein großes Presseecho hatte und das hat uns gezeigt, daß gar nicht soviel nötig ist, Aufsehen zu erregen, grad wenn es um Olympia geht.
Ich würde wieder fahren.

6.6.93 Berlin-Friedrichshain ca. 15[30] Uhr

An diesem Tag sollte eine Fahradsternfahrt mit anschließender Blockade des geplanten Innenstadtrings stattfinden. Die insgesamt 2000 TeilnehmerInnen waren jedoch zu wenige um diese Blockade durchgehend aufrechtzuerhalten. Deshalb wurden nur punktuell einige Brücken und Kreuzungen immer mal wieder dichtgemacht. Am Frankfurter Tor in Friedrichshain war es um 15[30] mal wieder soweit. Ein ganz rabiater Autofahrer meinte das aber gar nicht gut finden zu können und wollte mit seinem Auto in die Leute auf der Kreuzung reinfahren. Unsere "Freunde und Helfer" in Grün fanden ihrerseits nun aber wenig nett und stellten sich "todesmutig" zwischen angreifendes Fahrzeug und die BlockiererInnen. Der Autofahrer, davon wenig beeindruckt, gab Gas und ein "Helfer" ging über die Motorhaube - soll dann wohl im Krankenhaus gelandet sein. Das fand der Rest der Bullen nun überhaupt nicht mehr lustig. 10 Bullen standen um das Auto rum und wollten des Fahrer rausholen. War aber nicht so einfach, weil der nämlich groß und dick war, partout nicht raus wollte und aus diesem Grund wie wild um sich schlug. Die Bullen konterten mit Gummiknüppel und Tränengas ins Auto rein, bis der Fahrer bewußtlos war - und schon gab's den nächsten Fall für's Krankenhaus!

Bliebe noch anzumerken, daß wir den an diesem Vorfall Beteiligten, allen voran dem Autofahrer, den Bullen und den später dazugekommenen Krankenwagen herzlich danken möchten für ihre tatkräftige Mithilfe bei der Aufrechterhaltung der Blockade.

OLYMPIA KOMMT AUF LEISEN SOHLEN

(unvollständige Liste der Bullenaktionen gegen (z.t. ehemals) besetzte Häuser in Friedrichshain)

März '93	: begrünte Badewannen vor Palisadenstraße und Liebigstraße 34 werden um 6:00 durch das Tiefbauamt unter Bullenschutz (eine Wanne) abgeräumt
4.4.'93	: Hausdurchsuchung, Beschlagnahmungen, Festnahmen (alle ED-behandelt) in der Schreinerstr. 47. Begründung: Anti-Olympia Transparent
17.-21.4.'93	: IOC Besuch, belagerungsähnlicher Zustand durch Bullen vor den Häusern
Ende April	: Hausdurchsuchung in der Kinzigstr. 9
1.5.'93	und die Tage vorher und nachher : erneut Belagerungszustand vor den Häusern, extrem provozierendes Auftreten der Bullen
14.5.'93	: erneut begrünte Badewannen mit Hilfe grüner Wannen vor der Liebigstr. 34 durch das Tiefbauamt abgeräumt
28.5.'93	: "Cafe Parklücke" (autonomes Straßencafe) vor der Liebigstr. 16 durch blaulicht Räumkommando (drei Wannen, zwei Dosen) und Tiefbauamt/Baufirma (abgeklebte Firmenschilder) zerstört
3.6.'93	: Rigaerstr. 83/84 Treppe zum Infoladen, Fahrradständer, Blumenkästen und geparkter Zirkuswagen um 9:00 abgeräumt (wieder Tiefbauamt, Bullenwannen und gesperrte Straße). Der Zirkuswagen wird am darauffolgenden Tag auf dem Gelände des Tiefbauamts zerstört
9.6.'93	: Scharnweberstr. 29 Hausdurchsuchung (eine Wohnung) durch schwarz vermummte SEK Bullen und mindestens 7 Wannen plus Zivis
10.6.'93	: Rigaerstr. 77 nächtliche Bullenprovokation (versuchen Kneipe zu durchsuchen, besichtigen davor abgestellten Campingbus) und knüppeln grundlos Bewohner vom Fahrrad
16.6.'93	: Grünbergerstr. Hausdurchsuchung durch sechs bis acht Bullen und Zivis



ANTIFA WORKCAMP 93 IN BUCHENWALD WEIMAR VOM 16.08 -21.08 1993

Auch dieses Jahr findet wieder ein Antifa-Workcamp in der Nähe des ehemaligen KZ Buchenwald statt. Es wird diesmal ein richtiges Camp, da wir weder im Bungalowdorf, noch in der Begegnungsstätte pennen, sondern auf einer großen Wiese. Das bedeutet Zelte, Schlafsäcke und Isomatten mitzubringen. Für Verpflegung wird gesorgt.
Für diese Woche sind Diskussionsrunden über verschiedene Antifa-Themen, ein ständiger Infostand vor dem Lager, eine alternative Stadtführung durch Weimar und Buchenwald, eine Besichtigung des Außenlagers Dora und ein Konzert geplant und z.T. schon organisiert.Die Pflege- und Aufräumarbeiten auf dem Gelände des Lagers werden sich dieses Mal zum größten Teil auf das ehemalige Krankerevier beziehen.
Auch in diesem Jahr werden Menschen mit verschiedenen Arbeitsmethoden an dem Camp teilnehmen und ein breites, buntes Spektrum bilden; d.h. von PDS, BdA bis zu autonomen Zusammenhängen. Wir wollen zusammen arbeiten, diskutieren, Spaß haben (!), uns kennenlernen und vielleicht dabei besser verstehen.

Anreise ist Sonntag, 15.08. von 16.00 bis 20.00 Uhr auf dem Buchenwaldvorplatz. Von dort gehts dann erstmal zu der "Pennwiese". Leute die später kommen, melden sich dann in der Gerber 1 bzw. im Laufe der Woche dann am Infostand, der täglich ab 10.00 Uhr auf dem Buchenwaldvorplatz ist.

Genauere Informationen z.B. über das Programm und Anmeldungen(!!) für das Camp über

INFOLADEN
Gerberstraße 1
99423 Weimar
(noch O- 5300)

Bis denne !

FASCHOAUFMARSCH BEFÜRCHTET

Die Antifa Halberstadt/Quedlinburg befürchtet für den 2.Juli einen Aufmarsch von Faschisten auf dem Schloßberg in Quedlinburg. Anlaß der Befürchtung sind ähnliche Umtriebe in den vergangenen beiden Jahren, die durch einen SPIEGEL-Artikel in der Nazi-Szene popularisiert wurden. Hintergrund des Interesses der Faschisten ist eine am 2.Juli 1935 pompös inszenierte NS-Weiheveranstaltung zum 1ooo. Todestag Kaiser Heinrich I..
Die Antifa HAQU ist ab 1o Uhr auf dem Schloßberg präsent und bittet um Unterstützung. Für 15 Uhr ist eine Kundgebung geplant. Weitere Infos unter: "Zora e.V." Halberstadt (Tele: o3941/25126) und Quedlinburg (Tele: o3946/4295)





TROTZ1000

Ein Beitrag zum grauen Geschichtsjubileum einer 1000-jährigen Stadt

993 soll die Stadt Potsdam das erste mal urkundlich erwähnt worden sein.Obwohl auch das noch nicht ganz klar ist.Schon 12 Jahre zuvor wurde ein Potsdamer bekannt. Als Pferdedieb. So nahm die Geschichte der Stadt so ihren Lauf und würde in Preußens Glanzzeiten Die Garnisionsstadt, die sie bis heute auch noch geblieben ist.Nach dem Preußischen Militär kam die kaiserliche Garde, die Wehrmacht, die NVA und schließlich nun die Bundeswehr.

Heute befindet sich die Stadt in einer finanziellen Kriese, wie wohl so viele Gegenden hier im Osten. Wohnungsnötund kein Geld zum Wohnungsbau sowie jede Menge Spekulanten in der "ruhigen" Vorstadt vor Berlin . Doch die 1000-Jahr -Feier wollte sich hier niemand entgehen lassen und so wurde der 750 Jahre Berlin(West)-Inszenator Börries von Liebermann herangeholt , um dieses Millionenspektakel auf die Beine zu stellen und dem Ganzen einen touristenfreundlichen, historisch-militärischen Touch zu geben.

Dem Pots1000 zum Trotz entschlossen sich einige verschiedene Leute , den Bonzen in die Suppe zu spucken.. Einige der (ge-) laufenden Aktionen entstammen der Projektgruppe Trotz1000.

Reichlich Streß haben die Pots1000-OrganisatorInnen jedenfalls schon seit der Planung des ganzen Spektakels. So erschienen ca. 200 gefälschte Einladungen, die außer den schon geladenen Bonzen auch "BürgerInnen" der Stadt die Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung ermöglichen sollte. Am Einlaß mußte sich die "Prominenz" so manche "Kritik" und Diskussionen gefallen lassen, bevor sie sich dem Vergnügen hingaben. Zum Abend wurde mit falschen Plakaten zum Freibier eingeladen, was sogar einige Gäste vom Bahnhof Zoo aus Berlin anlockte, die mit Einkaufstaschen anreisten. Die Veranstalter rückten zwar keine 2000 Liter heraus, gaben aber die Reste der Eröffnugsfeier ab.

Am 4.6.`93 fand im Rahmen der Feierlichkeiten ein Bundestreffen der Unteroffiziersschüler e.V., einem Verein übelster Militaristen, statt. Die Veranstaltung sollte durch einen Buttersäureanschlag verhindert werden. Diese "Kameraden" bewiesen jedoch ihr "Heldentum" und zogen ihre Sache bei übelstem Gestank durch.

Die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik lud am 9.6.`93 zu einem Vortrag mit dem ehemaligen Kriegsminister der BRD Rupert Scholz zum Thema "Bundeswehreinsätze in Somalia" ein. Zum Beginn begrüßte er die vielen Gäste, wobei besonders viel junge Leute dabei wären, diese empfingen ihn mit Beifall, doch als es ihm nach ca. einer Stunde zuviel mit dem Beifall wurde, wurden diese von Feldjägern und anderen "Kameraden" herausgetragen.

Für Aktion mit Spaß und Phantasie !!!



Störfall

OBM Gramlich läßt sich die offizielle PotsTausend-Eröffnung von Störversuchen nicht vermiesen.

Polizei ist eingeschaltet

Stadt befürchtet Störungen durch gefälschte Einladungen

Die Eröffnungsveranstaltung zur 1000-Jahr-Feier wird nach Ansicht von Oberbürgermeister Horst Gramlich wie geplant ablaufen. Die Diskussion um die Dienstag aufgetauchten gefälschten Einladungen (die PNN berichteten) seien für ihn kein Anlaß etwas an den Vorbereitungen zu ändern. Mit Leuten, die gegen die Feiern seien, müsse immer gerechnet werden. Bürgermeister Erwin Motzkus teilte gestern mit, daß die Polizei eingeschaltet sei, denn es handele sich um Urkundenfälschung und unberechtigtes Benutzen hoheitsrechtlicher Zeichen. „Aber wenn das alles wäre," sagte Motzkus, „könnten wir zur Tagesordnung übergehen". Aber für den Bürger sei nicht sofort ersichtlich, daß es sich um eine Fälschung handele. Er befürchtet Störungen. Der Magistrat werde versuchen, mit Hilfe der Polizei den Schaden so gering wie möglich zu halten. Polizeisprecher Piorkowski betonte aber auf Anfrage: Es werde „kein Mammutangebot" an Polizei geben. dpa/mü

TAZ 29.4.93

Anzeige gegen Fälscher

■ Polizei ermittelt wegen gefälschter Einladungen zur Feier Potstausend

Potsdam. Gegen die Fälscher der Einladungen zur Eröffnungsveranstaltung zum 1.000jährigen Stadtjubiläum hat der Magistrat von Potsdam gestern Strafanzeige erstattet. Die Polizei ermittle gegen die Verfasser der falschen Einladungen wegen Urkundenfälschung und dem unberechtigten Benutzen von hoheitsrechtlichen Zeichen, teilte Bürgermeister Erwin Motzkus (CDU) mit. Zugleich betonte Oberbürgermeister Horst Gramlich, die Festveranstaltung an diesem Donnerstag solle wie geplant ablaufen. Mit Leuten, die die Jubiläumsfeiern stören wollten, müsse immer gerechnet werden.

Am Dienstag waren in Potsdam Einladungen zur Eröffnungsveranstaltung der 1.000-Jahr-Feier am Donnerstag mit der gefälschten Unterschrift des Oberbürgermeisters aufgetaucht. Nach Recherchen der Stadt sind die Einladungen offensichtlich per Hand in die Briefkästen ausgesuchter Personen geworfen worden.

Den in der Einladung gegebenen Hinweis, in Abendgarderobe zu erscheinen, werteten Sicherheitsexperten als Indiz, daß die Fälscher möglicherweise für Krawall unter den 600 geladenen Gästen sorgen wollten. Obwohl der Magistrat alles unternehme, um Provokationen auszuschließen, müsse damit gerechnet werden, daß beispielsweise auch Farbbeutel fliegen, betonte Motzkus.

Für Magistrats-Pressesprecher Torsten Peters deutet der Vorfall auf das Interesse einiger Leute hin, die Veranstaltung stören zu wollen. Das werde aber nicht gelingen, sagte er. Die Polizei behandele die Eröffnung von „Potstausend" wie andere Veranstaltungen auch, erklärte Geert Piorkowski, Potsdamer Polizeisprecher, auf Anfrage. Es werde „kein Mammutaufgebot" an Polizisten geben. dpa



Kampfeinsatz in Potsdam



BRANDENBURG. Der erste Bundeswehrbeitrag zum Potsdamer Stadtjubiläum wurde von tosendem Beifall begleitet, was dem Blauhelm-Referenten Rupert Scholz gar nicht gefiel. Die Kameraden vom Bund stifteten schließlich auf ihre Weise Frieden.

JW. Wenn Preußens alte Metropole 1000 Jahre alt wird, will sich auch die Bundeswehr nicht lumpen lassen. Und weil die Preußen bekanntermaßen nicht so schnell schießen, ließ sich die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik bis Mittwochabend Zeit, um die Jubilarin mit einem Vortrag des ehemaligen Verteidigungsministers und Verfassungsrechtlers Rupert Scholz zu beglücken. Dem freilich ging's um den Beweis, daß deutsche Soldaten unterm UNO-Dach allüberall kämpfen – also schießen – dürfen, weil die Bundesrepublik 1973 die UNO-Charta vorbehaltlos unterzeichnet habe.

Bevor Scholz freilich vom »Musterfall« Somalia erzählen konnte, mußte die Bundeswehr schon mal »friedensstiftend« tätig werden. Zwar hatte sich der Vorsitzende der Gesellschaft, Oberst Klenner, anfangs noch besonders über die vielen jugendlichen Gäste gefreut (Applaus), bedankte sich auch Rupert Scholz freundlich, aber offenbar erstaunt über die Vorschußlorbeeren (starker Applaus). Als Rupert Scholz schließlich bemerkte, daß der Wert seiner Rede im krassen Gegensatz zum gespendeten Applaus stand, forderte er mehrfach, »diesen undefinierbaren, dümmlichen Beifall« zu unterlassen. Als auch das nichts half, gingen die Bundeswehrkameraden rüde gegen die BeifallsspenderInnen von der Projektgruppe Trotztausend vor und schafften Ruhe. Friedensstiftung nach Art des Hauses.

Pots Blitz!

Märkische Allgemeine

Sonnabend, 5. Juni 1993

Bundestreffen

Das 21. Bundestreffen des Bundes ehemaliger Uffz.-Vorschüler und Uffz.-Schüler e. V. findet noch bis morgen erstmals in Potsdam statt.

Jugendliche störten Vortrag von Ex-Minister Rupert Scholz

Potsdam – Ein Vortrag des früheren Verteidigungsministers und Verfassungsrechtlers Professor Rupert Scholz (CDU) in Potsdam gipfelte am Mittwoch abend in einem Eklat. Etwa 20 jugendliche Zuhörer störten die Veranstaltung der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. in der Villa Ingenheim mit ständigem Beifall. Daraufhin wurden einige der 240 zumeist uniformierten Soldaten handgreiflich und schleppten die Störer, die zum Teil Widerstand leisteten, aus dem Saal.

Sektionsleiter und Oberst der Bundeswehr im Generalstab Dietmar Klenner beruft sich auf sein Hausrecht: die Villa Ingenheim sei eine Bundeswehr-Liegenschaft. Erst nachdem eine verbale Aufforderung, das Klatschen einzustellen, keine Wirkung zeigte, sei der Rausschmiß erfolgt.

Teilweise sei zwar hart durchgegriffen worden, aber „niemand wurde verletzt", räumt Klenner gegenüber der Morgenpost ein. Vor allem eine Frau unter den Störern hätte sich vehement zur Wehr gesetzt. „Die Situation hat sich verselbständigt." Das Handgerangel sei nach fünf Minuten beendet gewesen.

„Wir waren auf Störungen vorbereitet", sagt er. Die Polizei sei grundsätzlich von der Veranstaltung in Kenntnis gesetzt worden. Dennoch scheinen die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik auch in Zukunft auf Selbstverteidigung zu setzen: Mit Blick auf noch zwei weitere Veranstaltungen des Vereins zur 1000-Jahr-Feier meint er entschieden: „Wir lassen uns nicht alles bieten." Polizei und Staatsanwaltschaft waren gestern zu keiner Stellungnahme bereit.

Nach dem Gerangel ging der Redner Scholz auf Kampfeinsätze der Bundeswehr in Somalia ein, die er unter dem Dach der Vereinten Nation schon jetzt für klar geregelt hält. *Heike Kowitz*

Stinkbomben

Nicht gestohlen, aber Stinkbomben geworfen haben vermutlich Jugendliche, nachdem sie eine Scheibe der Gaststätte „Auerochs" am Schlaatz eingeschlagen hatten. Am Freitag morgen wurde das Dilemma entdeckt.

PNN

Sonnabend, 5. Juni 1993

Falsche Einladungen

Den in der Einladung gegebenen Hinweis, in Abendgarderobe zu erscheinen, werteten Sicherheitsexperten als Indiz, daß die Fälscher möglicherweise für Krawall unter den 600 geladenen Gästen sorgen wollten.

Vor dem Theaterzelt warteten zahlreiche Schaulustige. Manche waren von gefälschten Plakaten angelockt worden, in denen der Ausschank von Freibier angekündigt worden war.



UN Resolution 0815/93
An die Potsdamer Zivilbevölkerung !

Die innere Situation in Potsdam destabilisiert sich zunehmend . Durch Glockenspielgeschenke aus Iserlohn, Kadavertourismus zu importierten Monarchenleichen und penetrant wiederholte Besucherströme ist die Potsdamer Urbevölkerung aus der Stadt in die Neubaureservate und ALDI-Märkte verdrängt worden. Unter Leitung des westlichen Top-Agenten Börris von Liebermann ist die militärische Eroberung Babelsbergs durch die "Langen Kerls" geplant. Diese militärische Formation wurde durch Friedrich II in seiner ersten Amtshandlung als Preußenkönig rechtskräftig abgeschafft. An der Weisheit des schwulen Deserteurs und der Gültigkeit dieser Entscheidung besteht kein Zweifel. Deshalb verhängt die UNO hiermit den Ausnahmezustand über den Babelsberger Park. Die Zivilbevölkerung Potsdams wird aufgefordert, die Vereinten Nationen bei ihren friedenserzwingenden Maßnahmen zu unterstützen, indem:

- die Landung der Milizentruppe "Lange Kerls" verhindert wird
- Börris von Liebermann an die UNO - Eingreiftruppe ausgeliefert wird
- alle Trachtenpuppen, Wandteller, Toilettenbecken, 1,80 - Würstchen und Eierlöffel mit dem Bild der verbotenen "Langen Kerls" an das Pots1000-Büro zurückgegeben werden

Liebe PotsdamerInnen !
Hallo BesucherInnen !

In letzter Zeit ist die Projektgruppe Trotz1000 immer mehr zum Stadtgespräch geworden. Leider ist noch zu wenig über unsere Ziele bekannt. Im Rahmen unserer finanziell eingeschränkten Möglichkeiten (wir sind schließlich alle aus Potsdam) organisieren wir anläßlich des aufgeblähten Pots1000 - Spektakels ideenreiche spaßmachende Begleitaktionen,die wir zum Verdruß der Pots1000 - Manager auch noch durchführen. Damit wollen wir vor allem auf

- die nahezu ausschließliche Förderung kultureller Großveranstaltungen für die Touristen auf Kosten der "kleinen" Kultur für die Bevölkerung
- die ungeheuerliche Geldverschwendung angesichts ungelöster sozialer Probleme
- die elitäre Tendenz des gesamten Programms mit seinen prominenten Freß- und Saufgelagen
- Die selbstverständliche Integration und Verniedlichung verbrecherischer Monarchen, Militärs und Traditionen im Jubiläums-programm
- die Aufdrängung "alter Traditionen" und einer falschen Identität, wovon sich die Potsdamer-Innen eigentlich schon gelöst hatten.



tag S

Deutsche Soldaten in Somalia

DIE NEO-KOLONIALE WIRKLICHKEIT SOMALIAS

Die Bilder, die seit Mai dieses Jahres aus Somalia zu uns kommen, sind nicht mehr die üblichen Hungerbilder. Jetzt ist das Land in den Schlagzeilen, weil deutsche Soldaten dort im Einsatz sind.
Was aber ist bei uns bekannt von Somalia und den Ursachen des dort stattfindenden Bürgerkrieges? Um etwas zu verstehen von dem, was sich am Horn von Afrika abspielt, ist ein Blick in die jüngere und ältere politische Geschichte des Landes und damit des afrikanischen Kontinents notwendig.

„TEILE UND HERRSCHE"

Somalias vorwiegend nomadische Bevölkerung lebt bis heute zum Großteil von der Aufzucht und dem Handel mit Rindern und Kamelen. In vorkolonialer Zeit organisierte sich die Gesellschaft entlang der Familienzugehörigkeit oder der Clans. Sie bildeten gleichberechtigte, nicht-hierarchische Gruppierungen, deren älteste Führer sich im Fall von Konflikten um Wasser- oder Weiderechte trafen und Verträge aushandelten. In die der relativ kargen, wüstenhaften Umgebung hervorrangend angepäßte Weidewirtschaft griff die auf der Berliner Afrika-Konferenz von 1884/85 beschlossene Grenzziehung hart ein: Das somalische Volk wurde auf vier Staaten verteilt: Somalia, Djibouti, Äthiopien und Kenya. Durch die willkürlich gezogenen Grenzen, die immer wieder Anlaß für kriegerische Auseinandersetzungen boten, wurden traditionelle Lebensweisen – Produktion, Handel und Wandel – behindert oder zerstört.

Die Kolonialmächte Italien, England und Frankreich nutzten innerhalb ihrer Gebiete die traditionelle Clanstruktur für ihre Interessen. „Teile und herrsche" war das Prinzip. Indem Anführer ausgesuchter Clans Privilegien erhielten, wurde zugleich deren gesamte Gefolgschaft zur Loyalität verpflichtet. Dadurch, daß andere Gruppen von Macht und Pfründen ausgeschlossen wurden, entstanden Spannungen innerhalb der somalischen Bevölkerung.
Auch als nach dem politischen Ende der Kolonialzeit in den 60er Jahren ein zentraler Staatsapparat etabliert und nationalistische Ziele formuliert wurden, konnten diese internen Spaltungen nicht überwunden werden. Als Siad Barre, der erst Anfang 1991 vertrieben wurde, 1969 mit Hilfe der Sowjetunion durch einen Putsch an die Macht kam, versprach er tiefgreifende Veränderungen. Die Somalis sollten unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Chancen und Rechte erhalten. Barre verbot die Benutzung von Clan-Eigennamen und versuchte eine somalische Einheit zu

„Berlin, 15. November 1984. Die Zeitungen sind voll von Meldungen über die ‚afrikanische Konferenz'. Die Öffentlichkeit verfolgt mit Interesse die Zusammenkunft von Delegierten der vierzehn Regierungen, die sich auf Einladung Bismarcks und des französischen Permiers Ferry im Reichskanzler-Palais in der Wilhelmstraße ein Stelldichein geben, um ihre Ansprüche auf ‚Zivilisierung' – sprich: kommerzielle Ausbeutung – des ‚dunklen Erdteils' aufeinander abzustimmen: Neben der Präsidialmacht Deutschland sind Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Portugal, Rußland, das schwedisch-norwegische Reich und die Türkei beteiligt. Afrika darf – wie der britische Delegationsleiter, Botschafter Malet, ohne jeden Anflug von Selbstkritik bemerkt – nicht einmal als Zaungast dabei sein. Dem Treffen wird ein ‚bedeutendes Moment der Friedenserhaltung' zugemessen, in Europa wie in der noch nicht verteilten Welt sollen Konflikte entschärft werden, die zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Industriestaaten führen könnten – und schließlich führen, wie der erste Weltkrieg beweist."

Frank Thomas Gatter, in: Hinz, Patemann, Meier (Hg.) „Weiß auf Schwarz" – Kolonialismus, Apartheid und afrikanischer Widerstand, Berlin 1986



erzwingen. Der somalische Staat sollte nach dem Vorbild der UdSSR organisiert werden und erhielt dementsprechende Unterstützung aus den sozialistischen Bruderländern. Zwischen 1969 und 1977 wurde die Armee von der UdSSR ausgebildet und bewaffnet, die DDR unterstützte den Geheimdienst. Barre besetzte viele hohe Positionen innerhalb des Militärs und der Regierung mit loyalen Mitgliedern seiner Familie. Sein Ziel war es, ein vereintes „Großsomalia" zu schaffen. Als er 1977 bei einem Grenzkonflikt mit Äthiopien (Ogadenkrieg) unterlag, war der somalische Staat politisch und moralisch isoliert. Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ächtete Barres kriegerische Politik. Die Begeisterung für ein gemeinsames Somalia war der Angst vor Verfolgung unter den Somalis gewichen, mit der der Diktator Barre seine Herrschaft aufrechterhielt.

In diese zunehmende Isolation des Regimes fiel der sogenannte „Deutsche Herbst" 1977. In der Bundesrepublik wurde Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer von der Roten Armee Fraktion (RAF) entführt, um Druck auf die Bunderegierung zur Freilassung von RAF-Inhaftierten auszuüben. Unterstützend zwang ein palästinensisches Kommando eine Maschine der Lufthansa zur Landung in Mogadishu. Für Barre ein guter Anlaß, Kontakte mit dem Westen aufzunehmen. Die deutsche Sondereinheit GSG9 erhielt freie Hand auf dem Flughafen der somalischen Hauptstadt, stürmte die Maschine und befreite die als Geiseln genommene Crew. Die Bundesregierung revanchierte sich mit großzügiger Hilfe, zum Teil als Entwicklungshilfe, teilweise aber auch als Unterstützung von Militär und Polizei. Doch war die Bundesrepublik nur die Vorhut. In der Folgezeit bauten die USA in der nordsomalischen Stadt Berbera einen Tiefseehafen, wo sie einen Teil ihrer Flotte stationierten. Die geostrategische Lage des Landes als Brückenkopf zu den arabischen Staaten und als Anrainer des Golfs von Aden, einer wichtigen Wasserstraße für Öltransporte, machte Somalia interessant.

DER UNBEACHTETE KRIEG IN DEN 80ER JAHREN

Bereits zu Beginn der 80er Jahre gab es – international unbeachtet – einen Bürgerkrieg im Norden Somalias (heute Somaliland). Die Zentralregierung hatte, entgegen ihrer urspünglichen Versprechen, eine gleichberechtigte Beteiligung der Clanältesten des Nordens an der Regierung systematisch verhindert. Die regionale Somalische Nationale Bewegung (SNM) führte einen Bürgerkrieg gegen Militär und Behörden – und wurde vom Regime Barre mit allen Mitteln bekämpft. Mitte der 80er Jahre waren die größten Städte des Nordens (Hargeisa und Burao) zerbombt. Dennoch konnte die SNM die Regierung Barres destabilisieren. Doch dauerte es weitere fünf Jahre, bis die oppositionellen Kräfte aus den südlichen und nördlichen Provinzen, die SNM, die Somalische Patriotische Bewegung (SPM) und der Vereinigte Somalische Kongreß (USC) unter Ali Mahdi und General Mohammed Farah Aidid, die sich aus taktischen Gründen vereinigt hatten, Barre aus seinem Amt vertreiben konnten.

Was ihnen nicht gelang, war die Entwicklung einer gemeinsamen Regierungsplattform. Nachdem Barres Regime gestürzt war, richteten sich die kriegerischen Auseinandersetzungen der verschiedenen Gruppen gegeneinander. Die somalische Mitarbeiterin der Menschenrechtsorganisation African Rights, Rakiya Omaar, schreibt: „Neben der Rivalität um die Position des Präsidenten und die Symbole der Souveränität spielen Habgier, Versuche, aus geplünderten Gütern möglichst viel herauszuschlagen, und die Tatsache eine Rolle, daß sich unbezahlte Soldaten ihre Nahrung stehlen müssen."

Die Parteien des somalischen Bürgerkrieges organisieren sich entlang ihrer Clanzugehörigkeit und kämpfen um territoriale Macht und Ressourcen.

Da Reichtum und Städte bereits geplündert sind, wurde in den vergangenen Jahren zunehmend um die Hilfslieferungen der UNO gekämpft. Heute geht es zusätzlich um Machtpositionen, die den Zugang zu den zukünftig zu erwartenden Hilfsleistungen für den Wiederaufbau sichern. Bei einem möglichen Friedensschluß will jede Partei als erste anerkannt werden und Ansprüche auf die Macht anmelden. Jene Waffen, mit denen heute in Somalia gekämpft wird, stammen zum großen Teil aus der UdSSR und aus dem Westen, finanziert auch mit Hilfe deutscher Gelder.

„Kurden, Somalis, Kambodschaner, Vietnamesen, Tamilen aus Sri Lanka, Bosnier und pälestinensische Araber: sie alle haben gemeinsam, daß ihre Völker in Imperien hineingezwungen wurden, egal auf welcher ideologischen Grundlage – Imperien, die im Prozeß ihres Aufbaus und ihrer Desintegration neue Loyalitäten geschaffen und damit neue Identitäten entworfen haben. Wer ohne Rücksicht auf die Völker willkürlich die Grenzen seines Imperiums absteckt, kreiert untergründige Spannungen; ihr politisches und ökonomisches Erbe ist die permanente Gefahr von Implosion und Explosion der Verhältnisse."
Nuruddin Farah, Schriftsteller aus Somalia, seit etwa 20 Jahren im Exil, in: „Vergiß Somalia", taz, 29. Mai 93.

Der französische Philosoph Jean-Paul Sartre stellte fest, daß „die koloniale Aggression bei den Kolonisierten als Terror verinnerlicht" wird. Furcht und Wut sind das Resultat. „Und im ersten Moment verdrängen diese Unterdrückten jene uneingestandene Wut, die von ihrer und unserer Moral mißbilligt wird, aber andererseits gerade das letzte Residuum ihrer Menschlichkeit ist. Diese zurückgehaltene Wut dreht sich, wenn sie nicht ausbricht, im Kreise herum und richtet unter den Unterdrückten selbst Verheerungen an. Um sich von ihr zu befreien, schlachten sie sich untereinander ab: die Stämme kämpfen gegeneinander, weil sie den eigentlichen Feind nicht angreifen können – und man kann sich darauf verlassen, daß die Kolonialpolitik ihre Rivalitäten schüren wird." Jean-Paul Sartre im Vorwort zu Frantz Fanon, „Die Verdammten dieser Erde", Reinbek 1978.

INTERVENTIONSVORWAND NAHRUNGSMITTELHILFE

Die militärische Intervention der UNO, die im Dezember 1992 mit einer nächtlichen US-Invasion am Strande Somalias unter dem Titel „Restore Hope“ (Hoffnung wiederherstellen) begann, scheint auf den ersten Blick aus humanitären Gründen gerechtfertigt. Schließlich war das formulierte Ziel, die Nahrungsversorgung der Bevölkerung zu sichern. Aber, so betonen Rakiya Omaar und ihr Kollege Alex de Waal, die UN-Angaben, nach denen 70 bis 80 Prozent der Nahrungslieferungen nicht die Hungernden erreichten, wurden von keiner Hilfsorganisation im Lande bestätigt. Im Gegenteil. Der britische „Save The Children Fund“ berichtete auf einer Pressekonferenz kurz vor Beginn der Operation, daß er viertausend Tonnen Nahrungsmittel verteilt hätte „ohne einen einzigen Sack zu verlieren“. Und auch die Organisation „Médecins Sans Frontières“ widersprach im vergangenen Dezember den UN-Angaben. „Die Zahlen von 95 Prozent Unterernährung und 80 Prozent geplünderter Nahrungslieferungen sind seit Monaten überholt. Sie werden benutzt, um die Ankunft der Truppen zu rechtfertigen.“

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE UND MILITÄRSTRATEGISCHE HINTERGRÜNDE ZUM EINSATZ IN SOMALIA

Noch in diesem Sommer zieht erstmals nach dem Ende des zweiten Weltkrieges deutsches Militär wieder bewaffnet in die Welt. Als das Bonner Kabinett im Mai beschloß, 1 640 Soldaten nach Somalia, am Horn von Afrika, zu schicken, wurde damit die verfassungspolitische Beschränkung der Bundeswehr auf die Landes- und Bündnisverteidigung beendet.

Was die Bundesregierung derzeit betreibt, ist die folgenreichste außenpolitische Veränderung seit der Wiederaufrüstung in den 50er Jahren. Die damals begonnene Remilitarisierung mündet heute, nach dem Wegfall der Ost-West-Polarisierung und den damit verbundenen Sicherheitsinteressen, in eine offensive Umsetzung deutscher Interessenpolitik im Ausland. Ein militärischer Einsatz als außenpolitisches Mittel wird damit wieder machbar.

EINSATZGEBIET AFRIKA

Bevor die ersten Soldaten Mitte Mai zum Einsatz nach Ostafrika flogen, stimmte Klaus Dieter Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr, die Öffentlichkeit schon einmal darauf ein, daß mit Todesopfern gerechnet werden muß. In wessen Interesse aber soll dieses Blut vergossen werden? Was steckt hinter dem Gerede von einem „humanitären Einsatz“ mit „Selbstschutzkomponente“? Politiker und Militärs erklären die Notwendigkeit mit einer „gestiegenen Weltverantwortung“, der sich das neue Deutschland stellen müsse. Es ginge darum, so meint Verteidigungsminister Volker Rühe, die „Handlungsfähigkeit Deutschlands“ zu beweisen. Und Carl-Dieter Spranger, Minister für Entwicklungspolitik, setzt nach: „Die größere Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands in der Welt verlangt es, daß wir (...) am Aufbau wirksamer internationaler konventioneller Abschreckungsmechanismen mitwirken. Sicherheit und Frieden in den Entwicklungsländern liegt im deutschen Interesse“. Im Klartext heißt das: Deutschland soll, nachdem die Blockkonfrontation sich auflöste und in vielen Regionen des Ostens und Südens ein Machtvakuum entsteht, rechtzeitig die Hand nach dem neu aufzuteilenden Kuchen ausstrecken. „Schützen und Gestalten“ wird diese Politik der neuen Weltordnung in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 genannt. Gemeint ist damit die Sicherung des freien Handels, des ungehinderten Zugangs zu Rohstoffen und der Einflußnahme auf regionale Entwicklungen, Krisen und Konflikte in anderen Teilen der Welt mit politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik bedeutet im Deutschland von heute, den ungleich verteilten Wohlstand – vornehm heißt das aus Politikermund „vitale Interessen“ – zu verteidigen. Notfalls mit Waffengewalt.

In der Zeit des Kalten Krieges „beschränkte“ sich die Bundesrepublik auf Rüstungsexporte, Finanzhilfen, die Vermittlung von Know-How, logistische Unterstützungen und Ausbildung prowestlicher Polizeien und Armeen. So geschehen in Ländern wie Guatemala, der Türkei oder auch in Somalia.

Diese militärische Enthaltsamkeit ist nun vorbei. Schon seit dem Ende des Golfkrieges werden Aufbau und Aufgabe der Bundeswehr grundlegend verändert. Die klassische Aufgabe der Landesverteidigung existiert nur noch in der Eigenwerbung. Stattdessen wird der Einsatz als kommende Weltpolizei – neben den USA – vorbereitet. Dafür wurden und werden schnell verlegbare Krisenreaktionskräfte zusammengestellt, tropentaugliche Uniformen angeschafft, Lebensversicherungen für Zeit- und Berufssoldaten ausgehandelt und Waffensysteme für den Out-of-area-Einsatz, das heißt außerhalb der Nato-Grenzen, umgerüstet oder produziert.



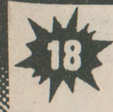
Einsatzgebiete von UN-Blauhelmen 1993

Zur Zeit stehen 87 000 Soldaten bei 13 Missionen unter UN-Kommando. Seit der ersten UN-Mission 1948 kamen 850 Blauhelm-Soldaten ums Leben*.

Gebiete	Soldaten	geschätzte Kosten in US-Dollar
Angola	479	76 Mio.
Bosnien/Kroatien/Mazedonien	22 655	600 Mio.
El Salvador	595	37 Mio.
Indien/Pakistan (Kashmir)	38	5 Mio.
Irak/Kuwait	409	67 Mio.
Israel (Grenzgebiete)	272	31 Mio.
Israel/Syrien (Golan)	1 350	43 Mio.
Kambodscha	17 531	2 000 Mio
Mosambik	7 000	146 Mio
Somalia	28 000	1 500 Mio
Südlibanon	5 805	153 Mio
Westsahara	356	51 Mio
Zypern	2 197	31 Mio

*Wieviele Menschen bei Auseinandersetzungen von ihnen getötet wurden, ist nicht bekannt.

Quelle: Die Woche, 27.5.1993



DIE ROLLE VON UNO, NATO UND WEU

Statt nicht-militärische Strategien zur Lösung von Konflikten zu suchen, erhält die Militarisierung zunehmend Vorrang. Dabei bedient sich die Bundesregierung der UNO, NATO oder WEU (Westeuropäische Verteidigungsunion) als eigenständigem europäischem Militärbündnis.

■ Mit dem blau-weißen Symbol der UNO wird eine weltweite Präsenz deutscher Soldaten gerechtfertigt: der blaubehelmte Soldat als Hoffnungsträger für das Gute und die Farbe Weiß als Zeichen des Friedens und der Gerechtigkeit.

Aber: Auch ein deutscher Blauhelmsoldat ist ein Soldat. Seine Aufgabe ist das Kriegsgeschäft. Brunnen bohren, Pipelines verlegen, die Lebensmittel- und die medizinische Versorgung sichern – das können Hilfsorganisationen und Entwicklungsdienste besser als eine Armee und dazu noch um bis zu 90 Prozent billiger. Die bislang offiziell kalkulierten Kosten von 186 Millionen Mark für die erste Phase, das heißt die Versendung der 1 640 Soldaten, könnten sicherlich kosteneffektiver verwendet werden.

Die UNO ist ein Abbild der herrschenden ungerechten Weltwirtschaftsordnung. Die reichsten und militärisch stärksten Staaten sind im Sicherheitsrat mit Vetorecht ausgestattet. Die Habenichtse schauen zu. Deshalb ist die UNO solange untauglich als friedensstiftendes Instrument, wie sie nicht grundlegend verändert worden ist.

■ Je nach Einsatzgebiet und politischen Rahmenbedingungen bemüht die Bundesregierung die NATO oder die WEU zur Legitimierung ihrer Einsätze. Die WEU wurde nach der Auflösung des Ost-West-Konfliktes politisch reaktiviert. Damit soll Handlungsfähigkeit über das NATO-Bündnis hinaus erreicht und die europäischen Staaten selbständiger gegenüber der NATO gemacht werden. Gleichzeitig aber bemüht sich NATO-Generalsekretär Manfred Wörner schon darum, das Einsatzgebiet des Bündnisses zu erweitern. Sollte das nicht gelingen, ermöglicht die WEU bereits jetzt Einsätze außerhalb der NATO-Grenzen.

EIN NEUER INTERVENTIONISMUS

Zukünftige Konflikte werden nicht mehr aufgrund ideologischer Gegensätze erwartet. Jetzt geht es um die (auch militärische) Sicherung von Einflußzonen und Rohstoffen.

In den Verteidigungspolitischen Richtlinien heißt es dazu: „Nach Auflösung der bipolaren Ordnungsstruktur gewinnen regionale Krisen und Konflikte und nicht-militärische Risiken an Virulenz und Brisanz." Als „unmittelbare" und „mittelbare Risiken" werden im Verteidigungsministerium dabei die instabile Lage in Osteuropa und „an der europäischen Peripherie", sprich: in Afrika, eingestuft. Dort, in den unterentwickelt gehaltenen Ländern des Südens, lokalisiert mann die Gefahren, die zukünftig durch Ressourcenvernichtung, Migration und Radikalisierung auch nach Deutschland und nach Europa getragen werden könnten. Reicht die durch Ausländer- und Asylgesetzgebung vorgenommene Abschottung nicht mehr aus, sind auch drastischere Maßnahmen denkbar. „Bei insgesamt negativem Entwicklungsverlauf kann dieser Zusammenhang auch militärische Dimensionen gewinnen", heißt es unmißverständlich in den Richtlinien des Verteidigungsministeriums.

Die Bundesregierung rüstet die deutsche Armee bereits jetzt für diese neue Politik des Interventionismus um.

Doch läßt die Bevölkerung sich nicht von heute auf morgen militarisieren. Deshalb leitete die Regierung eine schrittweise Politik der Militarisierung ein.

■ Den Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien nutzten Militärstrategen zum rechtsverletzenden Einsatz von Bundeswehrsoldaten in AWACS-Flugzeugen.

■ Das Bundesverfassungsgericht entschied über den AWACS-Einsatz in diesem Frühjahr politisch und nicht juristisch. Wie anders ist sonst das Argument des Gerichtes zu verstehen, daß die Bundesrepublik außenpolitischen Schaden im Ansehen erlitte, sollten die Bundeswehreinheiten aus den international zusammengesetzten Besatzungen der AWACS-Maschinen aussteigen?

■ Nach der Gerichtsentscheidung, den AWACS-Einsatz nicht zu verbieten, fühlt sich die Bundesregierung berechtigt, militärisch weitergehende Einsätze durchzuführen. Bundeswehreinheiten wurden nach Kambodscha verlegt und beteiligen sich nun auch am Einsatz in Somalia.

Der Einsatz in Somalia ist nur ein erster, kleiner Schritt auf dem Weg zu dieser neuen Weltinnenpolitik, bei der Deutschland nach dem Willen der Bundesregierung wirtschaftspolitisch und geostrategisch eine führende Rolle haben soll.

Seit dem Golfkrieg steigt die Zahl der Kriegsdienstverweigerer

Jahr	Verweigerer (inklusive Reservisten)
1990	74569
1991	151214 *
1992	133868
1993	in den ersten drei Monaten über 44000

*Während des Golfkrieges verweigerten außergewöhnlich viele Reservisten (schätzungsweise 37000). Tatsächlich steigt die Verweigerungsrate seit der Wiedervereinigung stetig.

Daß es nicht allein um deutsche Partikularinteressen geht, sondern durchaus auch europäisch gedacht wird, machte unlängst Außenminister Klaus Kinkel aus Anlaß einer Botschafterkonferenz im westafrikanischen Ghana klar: „Afrika steht Europa am nächsten. Für seine Entwicklung tragen wir eine besondere Verantwortung. Nicht nur aus humanitären Gründen, sondern aus eigenem Interesse." Deshalb werden im Außenministerium bereits weitere Einsätze in Afrika im Rahmen der UN geprüft. Konkret geht es dabei um Mosambik, das Land, das unter einer Rebellenarmee leidet, die mit Geldern aus dem südafrikanischen Apartheidsystem aufgebaut wurde.

Erklärung der BesetzerInnen des Kriegsschiffes im Hafen von Peenemünde

Peenemünde 1.6.1993

Der letzte "Abrüstungsminister" der DDR, Reiner Eppelmann (CDU) versprach 1990 die Verschrottung aller im Hafen von Peenemünde liegenden Kriegsschiffe.
Im August 1992 entschied allerdings der Bundessicherheitsrat, einem Verkauf von 39 dieser Kriegsschiffe nach Indonesien zuzustimmen. Diese Entscheidung wurde im Februar 1993 anläßlich des Indonesienbesuches Kohls öffentlich bekannt.
In Indonesien werden die Menschenrechte systematisch verletzt. Die Opposition wird grausam unterdrückt, Autonomiebestrebungen ethnischer Minderheiten werden niedergeschlagen. Amnesty International berichtet regelmäßig von extralegalen Hinrichtungen, Folterungen und Vertreibungen. Allein in den 60er Jahren wurden in Indonesien mindestens 500 000 Menschen ermordet. Präsident Suharto sichert seit 1967 durch militärdiktatorische Mittel seine Macht.
Nach der Invasion indonesischer Truppen in Ost-Timor am 7. Dezember 1975 sind dort über 200 000 Menschen (fast ein Drittel der Bevölkerung) ums Leben gekommen.
Diese Tatsachen erklären Indonesien eindeutig als Spannungsgebiet.
Auch wenn die Bundesregierung weiter an den guten Beziehungen zum Suharto-Regime festhält und Indonesien nie zum Spannungsgebiet erklärt hat, bleibt für uns der Verkaufsbeschluß eindeutig eine Verletzung des Kriegswaffenkontollgesetzes, welches Waffenlieferungen in Krisenregionen entschieden verbietet. Unsere Auffassung wird durch einen Beschluß der UNO-Menschenrechtskommission bestätigt, der Indonesien zum Aggressor stempelt, dem übrigens auch Deutschland zugestimmt hat.
Diese Praxis der Bundesregierung können wir nicht länger ertragen. Wir beschuldigen die Mitglieder des Bundessicherheitsrates der *Beihilfe zum Völkermord*.
Mit unserer Pfingstaktion "Kriegswaffen sind keine Handelsware" wollten wir die Menschenrechtsverletzungen in Indonesien und Ost-Timor bekannt machen und den Verkauf der Kriegsschiffe an die indonesische Diktatur verhindern. Wir wollten mit gewaltlosen Mitteln unsere Stimme erheben, um die Bundesregierung zu zwingen, ihren Verstoß gegen das Kriegswaffenkontollgesetz aufzuheben. Der Protest von Menschenrechtsorganisationen und die Kritik der EG und der Medien an diesem Export wurde von der politischen Elite in Bonn kalt ignoriert.
Die Kontinuität solcher Geschäfte nehmen wir schon lange wahr: erinnern wir uns nur an die deutsche Verantwortung in beiden Golfkriegen und für die Kurdenunterdrückung in der Türkei.
Deshalb mußten wir eine Aktionsform finden, die unseren Widerstand konsequent ausdrückt und die Öffentlichkeit zur Teilnahme einlädt. Wegen der Skrupellosigkeit dieses Waffendeals nahmen wir bewußt in Kauf, für Haus- oder gar Landfriedensbruch verurteilt zu werden. Wir halten in diesem Zusammenhang die bewußte Übertretung von Gesetzen für eine legitime Form zivilen Ungehorsams und empfinden dies als notwendiges aber viel kleineres Übel FÜR UNS, als das der Bundesregierung gegenüber den durch diese Waffen BEDROHTEN MENSCHEN.
Unserer Einladung zur Demonstration in Peenemünde folgten ca. 250 Menschen vornehmlich aus Ostdeutschland. Am 29. Mai richteten 4 Personen aus dem Vorbereitungskreis ein Schiff für eine Besetzung her und verschlossen es von innen. Ca. 150 TeilnehmerInnen unserer Demonstration bestiegen gegen Mittag einige Schiffe und feierten ein Friedensfest, bemalten die Wände und spannten Transparente. Nachdem die Schiffe am Abend wieder verlassen wurden, verbarrikadierten sich sieben Personen auf dem vorbereiteten Schiff. Die BesetzerInnen forderten die Verschrottung der ehemaligen NVA-Kriegsschiffe und kündigten an, die Besetzung nach dieser Zusicherung zu beenden.



Um den gewaltlosen Charakter unserer Besetzung und der sie begleitenden Demonstration von Anfang an kundzutun, stellten wir sofort Kontakte zu der Polizei und den betroffenen Grundstückseignern her, teilten unsere Ziele und Forderungen mit und bemühten uns, ihren Bedenken Abhilfe zu schaffen, ohne jedoch die Besetzung zu gefährden. Die Empfänger unserer Botschaft sitzen in Bonn und nicht in Peenemünde. Es gelang uns ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, sodaß die Gewaltfreiheit und Zielrichtung unserer Aktion allseits akzeptiert wurde und die Polizei sich bemühte, die Verhältnismäßigkeit ihres Auftretens zu wahren. Die Einsatzleitung bewegte den Innenmister Mecklenburg-Vorpommerns Herrn Geil (CDU) dazu, am Montag (31. Mai) nach Peenemünde zu reisen und mit uns zu sprechen. Er bekundete uns sein Verständnis für die Ziele unseres Engagements. Unserer Aufforderung sich für die Verwirklichung dieser Ziele einzusetzen, wollte er aber nicht nicht nachkommen. Er forderte uns lediglich auf die Besetzung zu beenden.

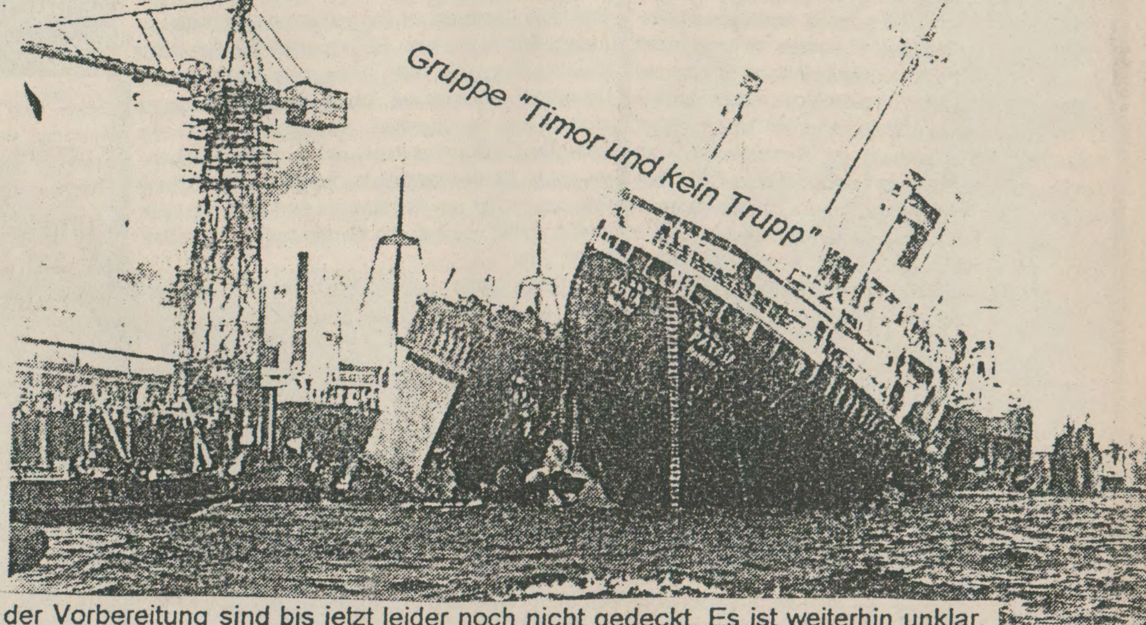
Nach seiner Abreise war die Gesprächsbereitschaft der Polizei sichtlich gestört. Aus Bonn verlautete, daß man zu keinen Gesprächen mit den BesetzerInnen bereit sei und am Abend begann die "bewährte" und wohl einzige Antwort deutscher Politik auf beunruhigende Fragen:

Der Innenminister ordnete die Räumung an. Die DemonstrantInnen folgten der Aufforderung das Hafengelände zu verlassen freiwillig, um eine gewaltsame Räumung zu vermeiden. Die Polizei begann das verschlossene Schiff aufzubrechen. Die BesetzerInnen öffneten die letzte Tür selbst und stellten sich der Polizei.

Die Ergebnisse unserer Aktion sind für uns ermutigend und bestürzend zugleich:

Es zeigte sich wieder einmal, daß die Bonner Clique unter keinen Umständen bereit ist, ihre Verantwortung zur Umsetzung der Menschenrechte auf der Welt wahrzunehmen, vielmehr unterstützt sie weiterhin Diktaturen mit Waffenlieferungen und scheut sich nicht, ihre eigenen Gesetze zu brechen. Andererseits ist uns gelungen, hörbar aufzuschreien und diese Schande deutscher Politik anzuprangern. Es gelang uns, mit gewaltlosen Mitteln (die Polizei brauchte zu keinem Zeitpunkt Schutzbekleidung) wirkungsvollen Widerstand zu entwickeln, der die arrogante Selbstgerechtigkeit der politischen Macht in Deutschland anprangert und stört. Unser Friedensfest in Peenemünde war ein Angebot zur Einmischung. Wir werden weitermachen.

Wir erwarten, daß die Aktion in den verschiedensten Regionen ihre selbstständige Fortsetzung findet. Wir halten nach wie vor an unserem Ziel fest: Keine Kriegsschiffe nach Indonesien, die Schiffe müssen verschrottet werden. Kriegswaffen sind keine Handelsware.



PS.: Die Unkosten der Vorbereitung sind bis jetzt leider noch nicht gedeckt. Es ist weiterhin unklar, woraus die Prozeßkosten bestritten werden sollen. Wir bitten jetzt alle, Aktionen in ihren Heimatorten zu organisieren (Infos unter NEUES FORUM Dresden: (03 51) 48 45 508; Hagen Arnold priv.: (03 51) 55 818; dienstl.: (03 51) 48 55 655). Spenden bitte auf das Aktionskonto „NEUES FORUM Dresden, Konto-Nr. 30 000 52 50, BLZ: 850 951 64, Landeskirchliche Kreditgenossenschaft, Stichwort »Timor«,



Vereidigung in Halle

Extra

Auf Einladung des Oberbürgermeisters fand am 9.6., ab 14 Uhr, eine öffentliche Rekrutenvereidigung im Beisein von Minister Rühe auf dem Hallenser Hallmarkt statt. Diese Provokation in einer Stadt, die seit Februar 1991 nach immer noch gültigem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung "Schutzzone für Kriegsdienstverweigerer" ist, rief den Protest zahlreicher Hallenserinnen und Hallenser hervor, dem friedlich am Rande der Veranstaltung Ausdruck gegeben wurde. Die Aktion richtete sich gegen Militär und Zwangsdienste im Allgemeinen, aber auch konkret gegen "Blauhelmeinsätze" der Bundeswehr. Der Auftritt Volker Rühes, Mitglied des Bundessicherheitsrats und direkt mitverantwortlich für den beschlossenen Verkauf ehemaliger NVA-Kriegsschiffe an das Militärregime in Indonesien, sollte darüber hinaus genutzt werden, um gegen den internationalen Waffenhandel und die deutsche Beihilfe zum Völkermord (nicht nur in Indonesien) zu protestieren. Aufgerufen hatten u.a. der Aktionskreis gegen Militarismus, Wehrpflicht und Kriegsdienst, aber auch Stadtverordnete von Neuem Forum und Bündnis 90. Zuvor war erfolglos in einem offenen Brief von OB Rauen gefordert worden, die Veranstaltung abzusagen. Darin wurden Vereidigungen in der Öffentlichkeit prinzipiell abgelehnt. Zumindest letzteres scheint nicht auf taube Ohren gestoßen zu sein, wurde doch ein großer Teil der Öffentlichkeit schließlich ausgeschlossen.

Der Protest gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung am 9.6. wurde mit einem der größten und auch brutalsten Polizeieinsätze, die es bislang in Halle gegeben hat, beantwortet. Eingesetzt waren insgesamt etwa 400 Beamte. Dabei war dem polizeilichen Vorgehen keinerlei "Gewaltanwendung" seitens der DemonstrantInnen vorausgegangen. Einige wenige, die es geschafft hatten auf den Hallmarkt vorzudringen, wurden teilweise festgenommen beim Versuch, ein Transparent zu entrollen. Anderen, beispielsweise Heidi Bohley (Neues Forum) wurde zu verstehen gegeben, daß sie nur ohne Plakate und Fahnen (mit der Aufschrift "Schwerter zu Pflugscharen") durchgelassen würden. Der überwiegende Teil der Demonstrierenden war allerdings von Anfang an durch Polizeiketten daran gehindert worden, zum Hallmarkt durchzudringen. Dabei war der Kreis der TeilnehmerInnen sehr gemischt, was auch für Halle nicht unbedingt üblich ist. Anders als beispielsweise am selben Abend von Radio SAW gemeldet, handelte es sich keineswegs um "80 Linksautonome", sondern um einen breiten Kreis aus PazifistInnen, unterschiedlichen linken Gruppen und Personen, Bürgerbewegten (einschließlich Landtagsverordneten und Stadtverordneten), StudentInnen und "ganz normalen" BürgerInnen. Die Diffamierung der Demonstrierenden als "Chaoten und Randalierer" war bereits in Minister Rühes Rede vorformuliert worden. Rühe sprach davon, daß hier die inzwischen erfolgte Wiedervereinigung nachvollziehbar werde, da er "solchen Pöbel...schon seit 30 Jahren" kenne. Weiter kategorisierte er die anwesenden KriegsgegnerInnen als diejenigen, die nicht wollen, "daß unsere Leute in Bosnien Hilfe leisten". Zahlreiche Mitarbeitende des Hallenser Bosnien-Hilfskomitees befanden sich gleichzeitig unter den Demonstrierenden und wurden z.T. auf brutale und entwürdigende Weise "zugeführt".

Dem ging voraus, daß etwa 100-150 Personen, die sich zum großen Teil zuvor am Cafe Nöö getroffen hatten, in der Oleariusstraße/Kleinen Ulrichstraße von der Polizei festgehalten wurden. Sie versuchten, mit Sprechchören, Trillerpfeifen und über ein Megaphon ihren Protest gegen die Vereidigung und gegen die massive Polizeipräsenz kundzutun, was immerhin einige akustische Störung bei der offiziellen Veranstaltung verursachte. Allerdings, es gab weder Vermummung, noch irgendwelche Ansätze von "Gewalt".

Dennoch gingen die gegenüberstehenden und extra angekarrten "Elitepolizisten" aus Magdeburg ohne vorherige Ankündigung oder Aufforderung, den Platz zu räumen, mit Gewalt gegen die DemonstrantInnen vor. Einzelne Personen aus den vorderen Reihen (die sich z.T. auf die Straße gesetzt und eingehakt hatten) wurden herausgezerrt und polizeilich "zugeführt". Dabei wurde rücksichtslos zugetreten und von Tonfas (teilweise gezielt gegen den Kopf) und anderen Waffen Gebrauch gemacht, wobei es mehrere Verletzte gab. Auffällig waren zahlreiche sexistische Übergriffe gegen Frauen. Nach Zeugenaussagen verständigten sich Polizisten zuvor untereinander darüber, "wer wen kriegt", nach der Devise: "Laßt die/den mal mir." Bei den Festnahmen wurden Plastikbänder benutzt, mit denen die Hände auf dem Rücken gefesselt werden, was sehr schmerzhaft ist. Die Bänder stecken allgemein sichtbar in den Brusttaschen der Uniformen und gehören offenbar inzwischen zur normalen (Elite-)Polizeiausrüstung der Landesbereitschaft Magdeburg (oft über dem "Gott mit uns"-Koppel).

Insgesamt gab es im Laufe des Nachmittags mindestens 25 Festnahmen, wobei einige wenige gleich nach Feststellung der Personalien wieder freigelassen wurden. 22 Personen wurdden ins Polizeirevier Beesener Straße gebracht; die letzten kamen gegen 17.30 Uhr frei. Eine Person mußte zur Behandlung ins Elisabeth-Krankenhaus eingeliefert werden.

Die Polizei stützte sich bei ihrem Vorgehen nach eigenen Angaben gegenüber Festgenommenen auf §37-(1) des Ordnungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Danach kann eine Person in Gewahrsam genommen werden, wenn dies "unerläßlich ist, um eine Platzverweisung nach §36 durchzusetzen". Allerdings hatte man es versäumt, zuvor einen Platzverweis auszusprechen... Über evt. anstehende Anklagen gegen einzelne Festgenommene ist nichts bekannt. Allerdings soll gegen einige Krieg- und RüstungsgegnerInnen Anzeige wegen Verleumdung bzw. Beleidigung erstattet werden. Einige Betroffene bereiten dagegen Anzeigen wegen Freiheitsberaubung, Körperverletzung und unterlassener Hilfeleistung vor.

Nach dem Abtransport der Festgenommenen wurde die verbliebene Gruppe eine kurze Zeit eingekesselt. Der Sprechchor "Deutsche Bullen üben fleißig für ein neues 33" war für viele Umstehende angesichts des Ablaufs einleuchtend. Nachdem noch einmal mit Nachdruck Meinungsäußerungen zum Deutschland 1993 und zur Poizeigewalt kundgetan worden waren, zogen die DemonstrantInnen geschlossen in Richtung Cafe Nöö, verfolgt von Polizisten, die dann noch eine Weile zusehen durften, wie man und frau den revolutionären Durst löschte.

Zwei kleinere Vorfälle sorgten im Nachhinein noch für Diskussionen: Am Nöö wurde einem vorbeigehenden Rekruten das Käppi vom Kopf getippt, und am "Master's Pub" flog eine Tomate an der dinierenden Sippschaft eines anderen uniformierten Jungsoldaten vorbei. Nachdem die Frucht zurückgeworfen worden war, entspann sich alsbald eine erregte Diskussion mit KriegsdienstgegnerInnen (ohne jegliche tätliche Gewalt!), die durch die Polizei unterbrochen wurde. Anschließend wurden noch einmal 5 Personen festgenommen, nicht ohne einzelne erst einmal mit dem Kopf gegen einen Zaun zu knallen. Es besteht allerdings kein Zweifel, daß diese nichtigen Vorfälle noch als "Beleg" für die Aktivitäten "gewalttätiger Chaoten" gut genug sein werden - mangels anderer.

§ 36 Platzverweisung. Die Verwaltungsbehörden und die Polizei können zur Abwehr einer Gefahr eine Person vorübergehend von einem Ort verweisen oder ihr vorübergehend das Betreten eines Ortes verbieten. Die Platzverweisung kann ferner gegen eine Person angeordnet werden, die den Einsatz der Feuerwehr oder andere Hilfs- oder Rettungsmaßnahmen behindert.

§ 37 Gewahrsam. (1) Die Polizei kann eine Person in Gewahrsam nehmen, wenn dies

1. zum Schutz der Person gegen eine Gefahr für Leib und Leben erforderlich ist, insbesondere weil die Person sich erkennbar in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand oder sonst in hilfloser Lage befindet,
2. unerläßlich ist, um die unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit zu verhindern oder
3. unerläßlich ist, um eine Platzverweisung nach § 36 durchzusetzen.

Ereignisse am 9.6. zwischen Master Pub und Kaufhof:



Nach dem megabrutalen Bulleneinsatz und dem Abmarsch der tollen Kriegerschar samt Volker & Co. bewegten sich 15-20 Leute in Richtung Polizeirevier Dreyhauptstr., um zu sehen, was mit den "Zugeführten" (Zugeknüppelten bzw. Zugeschliffenen paßt sicher besser) passierte. Vereinzelte Rekruten, die noch auf dem Weg dorthin rumstromerten, hatten sich noch mit verbalen Angriffen auseinanderzusetzen. So auch der Typ, der direkt vor dem Master Pub mit seiner Verwandtschaft eine Stärkung nach anstrengenden Aufmarsch, Strammstehen, Vereidigung und D-Liedsingen zu sich nehmen wollte. Dort wurde er von einem Teil der Leute (ein Mensch hätte sicherlich gereicht, weil zu zehnt gleichzeitig wirkt weniger) angesprochen und mußte natürlich seine Ehre als guter deutscher Soldat verteidigen. Eine Tomate ließ sich auf dem Tisch der Familie nieder, welche von seiner Mutter gezielt zurückgeschleudert wurde. Diese traf dann eine Person, welche mit dem Problem an dieser Stelle nix zu tun hatte. Dadurch war ein Streitpunkt mehr geschaffen und die Diskussion wurde immer heftiger. Darüber freuten sich die Bullen auf der anderen Straßenseite vor dem Revier, da noch nicht alle von denen die Chance zum Knüppeln hatten. Sie eilten

herüber und mischten sich in voller Ausrüstung unter die Streitenden. Nach ein paar Wortwechseln (ein Bulle fing auch noch aus unverständlichen Gründen an zu weinen) wurde den Leuten ein Platzverweis erteilt und die Bullen zogen sich wieder vor das Revier zurück. Die Leute zogen sich 10 - 20 m zurück und es kam zu keinen weiteren Handlungen durch diese. Nach ruhigen 5 min. stürmten plötzlich total unerwartet ca. 20 Bullen auf die Leute zu und stürzten sich in SA-Manier gezielt auf diejenigen, die entweder direkt bei der Kundgebung oder danach durch entschlossenes Handeln aufgefallen



waren. Durchschnittlich 5 Bullen "kümmerten" sich um einen Menschen, zerrten wie wild an den Leuten und schlugen 2 von ihnen mehrmals den Kopf mit voller Wucht vor den Zaun, bevor diese dann mit festen Handfesseln weggeschleppt wurden. Ein Fotograf, der die Prügelszenen knipste, wurde bei seiner Arbeit gestört, indem ein Bulle direkt vor die Kamera lief und plötzlich gegen diese stolperte. Insgesamt wurden mindestens 5 Leute dort zugeführt, zwei davon ein paar Minuten später in größerer Entfernung von dem Platz, von dem sie verwiesen wurden. Die Leute wurden in den Gefangenentransporter "verladen", bis auf ein Leut, den die Bullen beim Einsperren vergessen hatten, und weggefahren. Die "Ordnung war wieder hergestellt. Zurück blieben der fassungslose Rest der Leute und viele verschreckte PassantInnen, denen teilweise klar wurde, in was für einem Staat sie leben müssen (Zitat: Das is ja jenauso wie bei Honnien!) Deutschland hatte mal wieder gezeigt, daß solche Spektakel mit Waffengeklirr (welche genauso im 3. Reich abgelaufen sein müssen) wichtiger sind, als das Leben von AusländerInnen, zu derem Schutz selten solche motivierten Bullenmassen zur Verfügung stehen!







Der Terrorist M.

M., erklärter Kriegsgegner und Aktivist des Bosnien-Komitees (bzw. der "Halleschen Jugend gegen Krieg und Gewalt" - vgl. letzten "Subbotnik"), hatte sich gut vorbereitet. Mit Plüsch-Pantoffeln und buntem Regenschirm versuchte er, uns wachsame Ordnungshüter über seine wahre Identität zu täuschen. Mit rhythmischem Tanzen wollte er die Staatsmacht einlullen. Daß dies nicht gelang, kann als Beweis der Wachsamkeit und der Intelligenz unserer Polizei nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wir Beamte waren mit Spaß bei der Sache. Nicht alle Tage kann man einen Terroristen prügeln!

Zunächst warfen wir M. zu Boden, schlugen und traten ein bißchen (viel zu wenig). Mit einer Platzwunde am Kopf wurden ihm die Hände auf dem Rücken mit einem Plasteriemen zusammengebunden. Richtig fest. M. wurde getreten, vor eine Wand gestoßen und schließlich 50 Meter die Straße entlang geschleift. Als wir M. in den Gefangenentransporter zerrten, hatten seine Hände schon eine lila Färbung. Die ganze Zeit über konnte er aber noch schreien. Deshalb haben wir ihn etwas brutaler in den Bus gestoßen, mit dem Kopf unter eine Bank und die Beine an die Wand gestellt. M. röchelte wegen eines Asthma-Anfalls (manchmal kommt einem das Glück zu Hilfe). Die anderen Terroristen trugen Handschellen und konnten ihm nicht helfen. Selbstverständlich wurde M. vor, während und nach dem Transport jede ärztliche Hilfe verweigert, solang es ging. Wo kämen wir da hin! Insgesamt kann die Aktion als sehr gelungen eingeschätzt werden. Leider allerdings konnten wir nicht verhindern, daß M. schließlich doch ins Elisabeth-Krankenhaus zur Behandlung eingeliefert werden mußte. Irgendetwas stimmt da nicht in unserer Demokratie!







Übrigens: Im August-"Subbotnik" werden wir uns ausführlicher mit militär- und "sicherheitspolitischen" Entwicklungen in der *Bundesrepublik und darüber hinaus* beschäftigen - d. Red.

Die Bürger

"Ihr solltet mal kleechen", "Ihr lebt von unser'n Steuern", "Alle ins Arbeitslager" - Sprüche, die schon zu DDR-Zeiten bevorzugt *Leuten entgegengeschleudert wurden, die noch andere Themen kannten außer Auto, Fernsehen und Garten.* Kathrin Eigenfeld (Neues Forum) wurde auf dem Hallmarkt als "rote Sau" beschimpft und darauf hingewiesen, daß sie ja wohl vor 1989 dort noch nicht gestanden habe. In der Mehrzahl waren die Reaktionen der umstehenden BürgerInnen auf die Protestaktion aber positiv. Bemerkenswert ein Dialog zwischen einer älteren Frau und Volker Rühe, der uns über Radio SAW erreicht hat (sinngemäß zitiert): Mündige Bürgerin: "An dieser Stelle, an der Sie hier auftreten, hat 1953 eine Faschistin gesprochen." V.R.: "Das verdeutlicht den politischen Wandel." Mündige Bürgerin: "Nein, das ist Kontinuität."

Die Pressekonferenz und die Medien

Am 9.6., um 18 Uhr, veranstalteten Betroffene der Polizeiwillkür eine Pressekonferenz im Reformhaus. Die organisatorische Vorbereitung hatten im wesentlichen der Ermittlungsausschuß und die PDS übernommen. Anwesend waren u.a. VertreterInnen von "Expreß" und "Halleschem Tageblatt". Ihnen wurden noch einmal detailliert die Motive der Protestaktion erläutert und einzelne Erlebnisse mit der Polizei geschildert. Grundsätzlich wurde die massive Polizeipräsenz abgelehnt, auch im Zusammenhang mit der Tatsache, daß sich der Staat für den Schutz von AusländerInnen bzw. Angehörigen anderer Nationalitäten in der BRD weit weniger engagiert.

Allerdings konnte auch das nicht verhindern, daß einmal mehr die Berichterstattung in der Lokalpresse die bisherigen negativen Erfahrungen bestätigte. Die Demonstrierenden wurden als "Störer", "Störenfriede" (etc.) charakterisiert, ihre Motive blieben weitgehend im Dunkeln. Dadurch erschien das Vorgehen der Polizei im Nachhinein als im Großen und Ganzen gerechtfertigt. Kritik gab es allenfalls an der Unverhältnismäßigkeit einzelner Maßnahmen - Bagatellen. Im "Halleschen Tageblatt" wurde zwar immerhin auf "Zeit-, Raum-, Stil-Parallelen" verwiesen: "Am Vorabend des Prozesses gegen vermeintliche Anstifter der 89er Prügelorgien...ist es schon eigentümlich, Vertreter des Rechtsstaats selbiges tun zu sehen". Der gleiche Kommentator erfand aber auch eine "Jagd auf frisch vereidigte Rekruten", die durch "Chaoten" veranstaltetet worden sei. Damit können nur die oben berichteten Vorfälle gemeint sein, womit die daran geknüpfte Vermutung bestätigt wäre.

In den Nachrichten, beispielsweise in der ARD am 9.6., war die Rede von "gewalttätigen Auseinandersetzungen (?) am Rande der öffentlichen Vereidigung". VertreterInnen der DemonstrantInnen kamen nicht authentisch zu Wort.

Banal-kabarettistisches Nachspiel



Im Beisein von Polizeipräsident Hermann und Polizeichef Wolters fand am 10.6. ein neuer "Runder Tisch Gewalt" statt, bei der natürlich die aktuellen Ereignisse im Vordergrund standen. Die Polizeioberen wählten die Taktik, die Erlebnisse der etwa 30 anwesenden Betroffenen und Zeugen schlicht zu ignorieren. Dabei wurde erfolglos versucht, die DemonstrantInnen im Nachhinein zu spalten, nach dem Motto: "Wer sich mit Chaoten und Randalierern zusammentut, ist selbst schuld." Die Frage, auf wen konkret sich diese Bezeichnung bezog, wurde nicht beantwortet.

Besonders Präsident Hermann leistete sich in seiner gewohnten Art und Weise einen Lapsus nach dem anderen, was viele Anwesende mit einer Mischung aus Lachen und Resignation zur Kenntnis nahmen. Den Rechtsstaat charakterisierte H. trefflich, indem er H. Bohley und andere, die Anzeige gegen Rühe erstatten wollen, darüber informierte, daß sie ebenfalls wegen Verleumdung eine Anzeige zu erwarten hätten: "Und ich kann Ihnen jetzt schon sagen, was dabei rauskommt". An anderer Stelle beantwortete er die Frage nach dem Verbleib von Fotos/Filmen des Verfassungsschutzes ebenso entwaffnend: "Also, das kann ich Ihnen sagen, daß der Verfassungsschutz gar keine Fotos/Filme gemacht hat. Das hat er doch gar nicht nötig, wir haben doch alles auf Video."

Am Ende blieb es einem Vertreter der Antifaschistischen Aktion vorbehalten, der Polizei zu danken, weil sie mit ihrem Einsatz immerhin dafür gesorgt habe, "Daß auch andere Leute mal die Normalität (dieses Staates) kennenlernen"

Rühe schaffen ohne Waffen?

Während der Pressekonferenz am 9.6. betonte H. Bohley, daß es wichtig für sie und andere gewesen sei, auch (wieder) einmal einen derartigen Polizeieinsatz direkt miterlebt zu haben. Gerade in bezug auf den Hallenser "Runden Tisch Gewalt" erinnerte sie daran, daß den Betroffenen oft nicht geglaubt wird. Tatsächlich neigen dort einige maßgebliche Leute dazu, sich wohlmeinend als Vermittler(innen) zwischen zwei "Extremen" (Polizei und linke Szene) zu profilieren. Das kann in bestimmten Situationen durchaus produktiv sein. Grundsätzlich kann aber nicht "Gewaltfreiheit" (mit einem Begriff von Gewalt, der sich auf die Aktion/Reaktion der Betroffenen von staatlicher, struktureller, medialer und direkter Gewalt beschränkt) als Wertmaßstab fungieren. Entscheidend sind vielmehr politische Ziele, die natürlich auch etwas mit der Aufhebung von Gewalt im umfassenderen Sinne zu tun haben.

Ganz im Gegenteil zu den offiziellen Darstellungen gab es selten in Halle eine Protestaktion, die derart gewaltfrei konzipiert war und abgelaufen ist wie die am 9.6. Trotz der Provokationen durch die Polizei blieb es ruhig in Halle. Selbst die Pressekonferenz und die Reaktionen auf den Polizeieinsatz waren harmlos, ebenso wie die hier abgedruckte "Protestresolution". Die Erfahrungen (nicht nur) des Vereidigungsnachmittags deuten allerdings darauf hin, daß so etwas seitens der uniformierten Berufs-Rambos nur noch als Gelegenheit zum gefahrlosen Draufschlagen interpretiert wird. Es ist wichtig, sich auf diese Primitiv-Mentalität nicht einzulassen. Aber wie mensch in Zukunft mit derartigen Anlässen umzugehen hat, darüber sollte doch neu nachgedacht werden...

Ein erster Schritt könnte die Diskussion darüber sein, inwieweit mit Streetwork und betreutem Wohnen bei Sondereinheits-Polizisten noch etwas auszurichten ist. Müssen auch solche Randgruppen integriert werden? Ein zweiter Schritt könnte die gemeinsame Entscheidung darüber sein, ob eine Mitarbeit beim "Runden Tisch Gewalt" und ähnlichen Unternehmungen noch Sinn macht, wenn auch weiterhin das "Modell Halle" (gewaltfreie Konfliktaustragung am Runden Tisch) als Freibrief für Polizeiwillkür interpretiert wird.

"Entfernung von der Truppe...."

Längst ist es kein geheimer Wunsch mehr von Verteidigungsexperten und ein paar CDU-Rechten, Bundeswehrsoldaten für Kriegseinsätze in alle Welt zu schicken. Vielmehr herrscht Groß-parteienkonsens. Über die Einsätze in Kambodscha, Somalia und die weitergehenden Planungen, wird die Verbrechensgeschichte deutscher Armeen schlicht verschwiegen.

Am 15.Juli 1939 wurde Herbert L. zum Reichsarbeitsdienst, d.h. zur Wehrmacht eingezogen. Aus Schaufeln und Schubkarren wurden zwei Monate später Maschinengewehre und Granatwerfer. Deutschland sei angegriffen wurden, hieß es. und ab ging's in Güterwagons gen Osten: Polen. Herbert L., in der Weimarer Zeit bekennender Sozialdemokrat und Gewerkschaftsmitglied, hatte sich gefügt unter die Fittiche der "Deutschen Arbeitsfront" und der Propaganda der Nazis. teils aus Angst vor dem KZ, teils aus Bequemlichkeit. An der Front erlebte er dann die Brutalität des preußischen Militarismus. gepaart mit dem fanatischen Vernichtungswillen der nationalsozialistischen Ideologie. Neben der Kriegsführung der Wehrmacht wurde L. auch zu den Sondereinsatzgruppen der SS kommandiert. Diese waren verantwortlich für die Massenerschießungen von sowjetischen Partisanen , Politoffizieren und russischen Juden. Im Winter 42 kam der "Blitzkrieg" der faschistischen Wehrmacht zum erliegen. die Rote Armee trat aus der Defensive und führte die Kriegswende (Stalingrad. Kursker Bogen) im Osten herbei. Angesichts der darauffolgenden massenhaften Kriegsgefangennahme deutscher Soldaten, entschloß sich Herbert L. überzulaufen. Auf vielen Umwegen schlug er sich zu den in der Regel flexibel kämpfenden Partisaneneinheiten durch. Drei Tage später wurde er in Abwesenheit von einem "Feldkriegsgericht" zum Tode verurteilt. Grund: Fahnenflucht und Hochverrat.
Diejenigen die den Durchbruch nicht schafften oder beim Versuch zu desertieren aufgegriffen wurden, kamen unweigerlich vor die Gewehrmündungen ihrer Offiziere oder Kameraden. Dabei waren die Gründe zur Desertation höchst unterschiedlich. Mal waren sie politisch motiviert. oft ging es um das schlichte Überleben. Gegen Kriegsende erkannten immer mehr Soldaten den Krieg als verloren an und versuchten dem Moloch zu entfliehen (Selbst verlängerte Urlaubsscheine und Krankschreibungen) Auch nach dem Krieg hatten es Deserteure nicht leicht. Sie wurden nicht als Widerstandskämpfer anerkannt und sahen sich vielfältigen Anfeindungen ausgesetzt. Der "Makel" das "Vaterland in schwerster Stunde im Stich gelassen" zu haben, haftet bis heute an ihnen. In der materiellen Realität drückt sich das so aus: Keine Entschädigung, geschweige denn eine in der DDR übliche (oft aber auch an die falschen Leute vergebene) "Ehrenrente". Angesichts der Diskussion um weltweite Bundeswehreinsätze und "Wehrgerechtigkeit" zeigt sich, das die öffentliche Meinung zum Thema Desertation / Wehrdienstverweigerung seit dem Erscheinen von Bölls Erzählung "Entfernung von der Truppe". Mitte der sechziger Jahre. entgegen allen Bekundungen auf dem gleichen Stand geblieben ist. Damals erhielt Böll Drohbriefe in denen ihm Aufforderung zur "Drückebergerei" vorgeworfen wurde. Das die Geschichtsschreibung der Bundeswehr sich lieber mit den "trotz aller Verbrechen hervorragenden militärischen Leistungen" deutscher Generäle und Offiziere beschäftigt, ist nicht neu. sondern hat Tradition. Wer erinnert sich nicht noch an den Tag Fritzens oller Beene? Fehlen nur noch deutsche Soldaten in Belgrad. Herbert L. starb 1985 in Döberitz bei Brandenburg.

Anton von Müller-Wurlitze

Zivildienst, das heißt auch...

Die Schattenseiten der Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe

Der Zivildienst (ZD) hat in den letzten Jahren bedeutend an Akzeptanz gewonnen und wird heute auch in der Bevölkerung als gleichberechtigt zum Wehrdienst angesehen. Selbst die Armee informiert inzwischen über Kriegsdienstverweigerung (KDV) und verweist auf die Beratungsgruppen. Hinweise zum KDV-Verfahren, das normalerweise problemlos abläuft, sind ausreichend in Broschüren und Büchern vorhanden, die bei uns oder im Buchhandel zu erwerben sind. Unsere Beratung zu KDV und ZD hat dadurch viel von ihrem antimilitaristischen Anspruch verloren und ist letztlich oft nur kostenlose Arbeit für das Bundesamt für Zivildienst und die Wohlfahrtsverbände. Natürlich sehen wir, daß im Einzelfall unser Rat äußerst wichtig ist, besonders bei rechtlichen Problemen. Es ist uns aber auch klar, daß wir der Beratung neue Aspekte geben müssen, um uns wieder stärker unseren eigentlichen Anliegen zuzuwenden: **aktiver Antimilitarismus und Einsatz für die Abschaffung der Wehrpflicht und der Armee.**

In diesem Infoblatt wollen wir vor allem den Kriegsdienstverweigerern, also potentiellen und aktuellen Zivildienstleistenden, einige der Schattenseiten und Probleme aufzeigen, die mit KDV-Recht und Zivildienst verbunden sind:

KDV und Gesamtverteidigung
Zivildienst - sozial?
Zwangsdienst
Gewissensprüfung
Wehrgerechtigkeit
Alternativen?

Lest es Euch bitte durch, bevor Ihr Euren Zivildienst beginnt, damit Ihr später nicht sagen könnt:

Wir haben nichts davon gewußt!

Wir hoffen, daß dieses Infoblatt Euch zum Nachdenken über Eure Entscheidung anregt, Euch für die strukturellen Hintergründe von KDV und ZD sensibilisiert, Euch auf Gewissensprobleme beim "Dienen" vorbereitet und vielleicht sogar zum Handeln aktiviert. Gern sind wir dazu bereit, mit Euch darüber zu sprechen und Euch zu helfen. Wir möchten damit unsere Beratung wieder auf ihre eigentlichen Ziele orientieren.

Bernd Rieche
Stefan Heinig
Micha Bräunig

1. Kriegsdienstverweigerung und Gesamtverteidigung

Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe nach Art.4, 3 GG bedeutet auf keinen Fall, sich den Fängen des Militärs zu entziehen. Der Kriegsdienstverweigerer ist genauso wie jeder andere in die Strukturen der Gesamtverteidigung eingebunden. Im Spannungs- bzw. Verteidigungsfall mit den dabei in Kraft tretenden Notstandsgesetzen kann das u.a. bedeuten:

- unbefristeter ZD,
- Aufhebung von Rückstellungen,
- Dienstpflicht bis zum Alter von 60 Jahren,
- Verbot des oder zwangweiser Arbeitsplatzwechsel zur Sicherstellung kriegswichtiger Bereiche (z.B. Rüstungsindustrie).

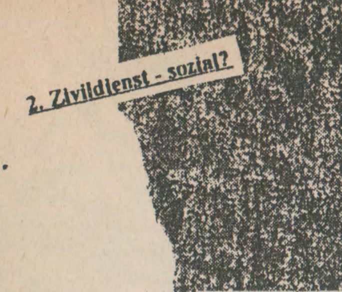
Die Notstandsgesetze können auch schon auf Grundlage eines Beschlusses angewendet werden, der von einem internationalen Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages (z.B. der NATO) mit Zustimmung der Bundesregierung gefaßt wird (Art. 80a, 3 GG). Davon waren wir im Golfkrieg wohl gar nicht so weit entfernt! Zum "Glück" mußten wir diesen Krieg am Ende doch nur durch unsere Steuern finanzieren... Letzlich folgt aus Art.4, 3 GG ("Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden."), daß **jeder zum Kriegsdienst ohne Waffe gezwungen** werden kann. Das heißt im V-Fall einerseits die Sicherstellung des "zivilen" Lebens in Gesundheitswesen, Produktion, Versorgung, Verkehr, Energie, Fernmeldewesen, Kultur usw. ("Zivile Verteidigung"), kann aber auch **einen Dienst in der Armee** bedeutet, nur eben ohne Waffe (Sanitätsdienst, Munitionstransporte).

Die Vorbereitung des "Ernstfalls" erfolgt schon jetzt auf allen Ebenen. Hier nur einige Beispiele:

- Bis 1990 wurden regelmäßig in den Arbeitsämtern sogenannte Zivilschutzübungen ("WINTEX-CIMEX") auf dem Papier durchgeführt, bei denen der V-Fall geprobt, Atombomben gezündet und Wehrpflichtige (Soldaten u n d Zivis) einberufen wurden. Ein "besonderer Gag" des Kriegsszenarios von 1989 wurde in letzte Minute gestrichen: der Sturz des sowjetischen Staats- u. Parteichefs Michael Gorbatschow (Der Spiegel, 20.2.89).
- Der mobile Hilfsdienst wurde vor ca. 10 Jahren eingeführt, um im V-Fall sofort die Krankenhäuser bis auf 20% "ausräumen" und die Patienten zu Hause weiterversorgen zu können.
- Es existiert eine Telefonsperrausschlußliste, auf der die Leute stehen, denen im V-Fall das Telefon n i c h t gesperrt wird. Fragt doch mal Prominente in Eurer Umgebung, ob sie da auch drauf stehen ...

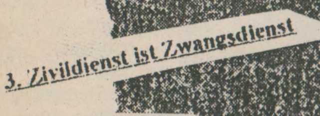
Und so durchzieht die schleichende Kriegsvorbereitung alle Bereiche unseres Lebens. Der KDVer lebt ständig mit der Gewissensbelastung, morgen für den Krieg tätig sein zu müssen. Er ist bereits heute eingeplant!





Zivildienstleistende dürfen ausgebildeten Arbeitskräften den Arbeitsplatz nicht wegnehmen, sondern sind zur **zusätzlichen Betreuung** da (s. Durchführungsbestimmungen zum § 4 ZDG). Doch wie sieht die Realität aus? Als im Herbst '90 wegen der Wehrdienstzeitverkürzung auf einen Schlag 17 000 Zivis entlassen wurden, brach in mehreren Krankenhäusern, Pflegeheimen und Essensdiensten fast alles zusammen... Mit dem ZD werden also nur die Mißstände im Pflegebereich (Unterbezahlung, schlechte Arbeitsbedingungen u.a.) und der daraus entstehende Pflegenotstsand kaschiert. Auch die Wohlfahrtsverbände geben inzwischen zu, daß ohne Zivis momentan nahezu nichts mehr läuft. Doch das hat dann mit dem gesetzlichen Sinn des ZD nichts mehr zu tun! Und ist der ZD wirklich "preisgünstiger"?

Die monatliche Soldabrechnung läßt das Herz so manchen Personalchefs höher schlagen: Die Zivis kommen den Einrichtungen einfach **saubillig**. Ein Zivi erhält im Monat rund 600 DM, ein ausgebildeter Krankenpfleger dagegen müßte mit monatlich 2700 DM bezahlt werden. Anders dagegen sieht die Rechnung nach zwei unabhängigen wissenschaftlichen Studien insgesamt aus: Der Haushalt des Bundesamtes für ZD (BAZ) umfaßt 2010 Mio. DM im Jahr. Dazu kommen die Kosten für die Arbeit der Zivis von 1311 Mio. DM, also Ausgaben von insgesamt 3321 Mio. DM. Dagegen steht der Wert der Zivi-Arbeit von 3667 Mio. DM. Ergo: Ein Nutzen des ZD ist faktisch nicht vorhanden. Ein Ausstieg wäre den Studien zufolge **wenigstens wirtschaftlich aufwandsneutral** ((siehe Seite30)). Und ausgebildete Pflegekräfte würden die Arbeit garantiert besser machen (auch wenn einige Zivis hochmotiviert sind!). Immerhin: Bei der Individuellen Schwerstbehindertenbetreuung in Bremen werden jetzt die Zivildienststellen drastisch "abgerüstet" und durch qualifizierte Fachkräfte ersetzt. Ein erster Schritt in die richtige Richtung! Daß es auch ohne Zivis geht, hat Westberlin bis zur Vereinigung deutlich bewiesen. Da ist es eigenartig, daß sich die Westberliner Wohlfahrtsverbände seit 1990 um die Zivis reißen...



Zivildienstleistende dienen **nicht freiwillig**, sondern als Ersatz zum Wehrdienst. Sie sind, genau wie Soldaten, dem Prinzip von Befehl und Gehorsam unterstellt (§30 ZDG). Außerdem sind ihre **Grundrechte bedeutend eingeschränkt** (Art. 17a GG, §25b ZDG):

- Freiheit der Person,
- Unverletzlichkeit der Wohnung,
- Petitionsrecht (Gemeinschaftliche Beschwerden sind unzulässig!),

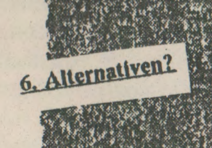
und durch den "Maulkorbparagraphen" ist politische Betätigung im Dienst verboten (§ 29 ZDG).



ZD ist nur nach vorheriger Gewissensprüfung (schriftliche Begründung, z.T. mündliche Anhörung) möglich. Der Staat kann entscheiden, wer Gewissen hat und wer nicht und die Anerkennungsquote nach seinem Militärbedarf regeln, da es **keine gültige Gewissensprüfung** geben kann. Dabei hat selbst das Europaparlament in seiner Entschließung vom 7.2.83 festgestellt, "daß kein Gericht oder Ausschuß in der Lage ist, das Gewissen des Einzelnen zu überprüfen" (Herz, 1990). Da nicht bei jedem eine aufwendige Prüfung möglich ist, darf der Antragsteller sein Gewissen außerdem mit einem 3 Monate **längeren Dienst** bezeugen, obwohl nach Art.12 GG die Dauer des Zivildienstes die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen darf. Doch Soldaten leisten ja einen wesentlich "schwereren" Dienst und können zu Wehrübungen einberufen werden, womit der längere Zivildienst "gerechtfertigt" wird.
Die Begründung des Gewissens muß unpolitisch sein. Man darf sich nur mit religiösen, humanistischen, ethischen oder ökologischen Gewissensbissen plagen, aber bloß **keine politische Haltung zeigen**!

Weil jeder Mann wehrpflichtig ist, muß jeder Mann Wehrdienst machen, sagt das Gesetz. Und natürlich ist als Ersatz Zivildienst möglich. Das Ganze nennt sich Wehrgerechtigkeit... **Doch die Wehrgerechtigkeit funktioniert nicht mehr.** Bei einer Truppenstärke von 370 000 kann nicht mehr jeder Wehrpflichtige Wehrdienst leisten. Es gibt entweder zu viele Wehrpflichtige oder zu wenige Verweigerer und Untaugliche. Etwa 100 000 Wehrpflichtige jedes Jahrgangs werden nicht mehr einberufen. Deshalb gibt es in letzter Zeit immer mehr (**ungesetzliche!!**) **administrative Wehrdienstausnahmen** für Theologiestudenten, Eisenbahner, Verheiratete mit Kind usw.. Das mag zwar für den Einzelnen sehr angenehm sein, ist aber gegenüber denen, die dienen müssen, ungerecht!
Auf der anderen Seite hilft jeder, der den Wehrdienst mit der Waffe verweigert, die Wehrgerechtigkeit und damit die Wehrpflicht aufrecht zu erhalten. Das weiß inzwischen auch die Bundeswehr zu schätzen und verteilt z.B. bei der Musterung Vordrucke zum KDV-Antrag und Adressen von Beratungsstellen. Letztlich ist es so: **Wer nicht verweigert, kann unbelästigt bleiben**, während Zivis mit Sicherheit gezogen werden.

Noch kann die "Wehrungerechtigkeit" vertuscht werden. Doch über kurz oder lang ist das nicht mehr möglich. Resultat dürfte dann die Aufhebung der Wehrpflicht sein. Deshalb denken jetzt Politiker aller Farben immer lauter über eine **allgemeine Dienstpflicht** nach, die dann Wehrdienst, Zivildienst, Öko-Dienst und Katastrophenschutz beinhalten soll und auch gleichberechtigt die Frauen zwangsverpflichtet. Denn Dienen hat schließlich noch keinem geschadet! ... Waren da nicht noch 2 Weltkriege...?!



Wer das alles bis jetzt gelesen hat, dem kommen vielleicht Zweifel an seinem ZD. Da taucht die Frage nach Alternativen auf. Eines muß gleich zum Anfang klargestellt werden: **Der Einbindung in die Gesamtverteidigung kann sich kein Bürger der BRD entziehen.** Es gibt aber einige Möglichkeiten, sich nicht mit den Gewissenskonflikten eines Zivis zu beladen. Dafür bürdet man sich dann andere Probleme auf:

a) Anderer Dienst im Ausland: Ein 2 1/2-jähriger unentgeltlicher Friedensdienst im Ausland wird als ZD anerkannt (§14a ZDG). Die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze für diesen Dienst ist leider viel geringer als die Nachfrage. Außerdem wird er nicht vom Staat gestützt und ist so mit erheblichen finanziellen Einbußen für den "Dienstpflichtigen" verbunden. Und die Dienstzeit ist bedeutend länger!

b) Freies Arbeitsverhältnis: Nach §15a ZDG werden KDVer, die aus Gewissensgründen keinen ZD leisten können, nicht gezogen, wenn sie ein freies Arbeitverhältnis in einem Krankenhaus, Pflegeheim etc. aufnehmen, das mindestens 1 Jahr länger als der Zivildienst dauert. Eigenartigerweise dürfen nach der deutschen Rechtsprechung nur Angehörige der "Zeugen Jehovas" solche Gewissensgründe haben. Es laufen derzeit einige Prozesse, in denen "normale" Menschen um die Anerkennung ihres freien Arbeitsverhältnisses als Ersatzdienst kämpfen.

c) Totalverweigerung: Natürlich kann bei tieferer Auseinandersetzung mit diesen Fragen die Gewissensentscheidung auch dazu führen, daß man sowohl Wehr- als auch Ersatzdienst verweigert. Einige Gründe dafür wurden in diesem Text aufgeführt. Eine totale Kriegsdienstverweigerung ist mit Strafe bedroht, egal ob man seiner Einberufung zur Bundeswehr nicht nachkommt (Fahnenflucht nach §16 WStG) bzw. in der Truppe Befehle verweigert (§19, §20 WStG) oder als KDVer nicht beim Zivildienst erscheint bzw. diesen abbricht (Dienstflucht nach §53 ZDG). Die bisherigen Gerichtsurteile gehen meist von einer Geldstrafe bis 12 Monaten Haft, je nach Gründen für die "Tat" und dem Interesse des Gerichtes. Eine erneute Einberufung und nochmalige härtere Bestrafung ist möglich, obwohl niemand wegen derselben Tat nochmals bestraft werden darf (Art.103, 3 GG).

Viele können sich zu diesen "Alternativen" nicht entscheiden. Verständlich, denn sie sind mit hoher Motivation und z.T. harten Strafen verbunden. Wer trotzdem etwas aktiv gegen die Wehrpflicht tun will, der sollte seinen KDV-Antrag erst nach der Einberufung stellen, womit er sich noch völlig im Rahmen der Gesetze bewegt. So besteht zunächst die Chance, gar nicht einberufen zu werden. Wenn Ihr wissen wollt, welche Konsequenzen es hat, wenn der Einberufungsbescheid doch kommt (bis zu ein paar Wochen Armeearrest), was aber auch damit erreicht werden kann (Öffentlichkeitswirkung u.a.), dann sprecht mit uns. Wir stehen Euch mit Beratung und Betreuung zur Seite.

Friedenskreis Halle e.V.

im Reformhaus
Große Klausstr.11
O - 4020 Halle/Saale
(neue PLZ: 06108)
Tel. 0345/28133
Fax. 0345/25525
Spendenkonto: 382 300 888
bei der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle (Blz. 800 537 62)

Bürozeiten:
Montag 17.00 - 19.00 Uhr
Mittwoch 17.30 - 18.30 Uhr
und nachVereinbarung

Belgien bald ohne Zivis - Militärattaché macht sich Sorgen

tilt 4/92

Wehrpflicht-Abschaffung und die Folgen in Benelux

Welche sozialen Folgen eine Abschaffung der Wehrpflicht - und damit des Zivildienstes - mit sich bringt, wird in Ländern deutlich, die die Wehrpflicht abschaffen wollen. Die belgische Regierung will - wie in tilt 3/92 berichtet - die Wehrpflicht zum Beginn des übernächsten Jahres abschaffen. Bei der Entscheidung der Politiker, die erst noch gegen die Militärs durchgesetzt werden muß, waren Wehrungerechtigkeit, Verringerung des Verteidigungshaushalts und eine nicht beliebig verkürzbare Dienst-Dauer die entscheidenden Argumente. Die Folgen für die Bereiche, in denen in Belgien Zivis eingesetzt sind, wurden vor der Entscheidung nicht überlegt.

Der Militärattaché der deutschen Botschaft in Brüssel befürchtet in einem Schreiben an die KAK deshalb auch, daß sich die Entscheidung, "was Kostendämpfung im mesizinischen und sozialen Bereich anbetrifft, schon bald als Bumerang erweisen" könnte. Überlegungen, wie denn mit der Zivildienst-Abschaffung umgegangen wird, müssen hier erst beginnen.

Die KDV-Verbände haben die Enscheidung jedoch begrüßt. Sie wollen sich künftig für einen vom Militärstatus unabhängigen KDV-Status einsetzen, der auch für Frauen offen ist und bis zu Militärsteuerverweigerung und Verweigerung der Dienstverpflichtung in der Rüstungsindustrie reicht. Außerdem schlagen sie einen freiwilligen Zivildienst vor, der "Pilot-Initiativen zur Verbesserung der Lebensqualität ... auf dem Gebiet der Menschenrechte, im Kampf gegen die Armut, im kulturellen Bereich, im Jugendbereich, bei der Integration von Immigranten, bei Umwelt-, Friedens-, und Entwicklungsprojekten" enwickeln soll (Sam Biesemans in der 4/3, Nr. 4/92).

In den Niederlanden sieht die Situation ähnlich aus. Sowohl in der Bevölkerung wie im Parlament gibt es eine Mehrheit für die Abschaffung der Wehrpflicht. Die "Vereniging Dienstweigeraars" würden eine solche Entscheidung als Schritt zu einer weniger militarisierten Gesellschaft begrüßen. Sie haben im Moment mit starken Auflösungstendenzen ihrer Organisation zu kämpfen, wollen aber die Beratung der Wehrpflichtigen noch fortführen. In Zukunft wollen sie sich intensiver mit internationalen Aspekten und der Freilassung von inhaftierten KDVern in anderen Ländern beschäftigen.

Christian Holtorf



Verweigerer als Job-Killer

Die fatalen Wirkungen des Zivildienstes auf den Arbeitsmarkt

Zivis sind billige Arbeitskräfte. Die angebliche "Arbeitsmarktneutralität" des Zivildienstes gibt es nicht. Zwangsdienstleistende ersetzen hauptamtlich Beschäftigte und verschlechtern die Qualität der sozialen Dienstleistungen. Das Beispiel der Marburger "fib" zeigt: Wer Zivi-Plätze abbaut, kann feste Arbeitsplätze schaffen (siehe S. 14). tilt fragt nach: Wie sieht es aus mit dem Wechselspiel von Zivi-Einsatz und Arbeitsmarkt?

"Millionengeschäfte mit dem Zivildienst" prangerte die Bonner Rundschau im Februar 1993 an. Sie beschrieb Fälle, in denen gemeinnützige Vereine allein deshalb gegründet worden waren, um Zivildienstleistende beschäftigen zu können. Mit Hilfe deren billiger Arbeitskraft (die eine Hälfte zahlt der Bund, die andere der Sozialträger) würden sich die Geschäftsführer dieser Vereine horrende Gehälter genehmigen, Dienstwagen anschaffen und baufällige Gebäude modernisieren. Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Dieter Hackler, bestätigte die Möglichkeit solcher Fälle, betonte aber seine Machtlosigkeit ...

Dies ist nur die Spitze des Eisbergs. Quasi unter der Wasseroberfläche gibt es gewaltige finanzielle Vorteile durch den Einsatz von ZDL aus. Zivis sind billige Arbeitskräfte, die Hauptamtliche aus ihren Positionen verdrängen und die Arbeitsbedingungen verschlechtern können. Ihre Wirkung auf den Arbeitsmarkt ist verheerend.

Weil ihre ohnehin schon niedrigen Lohnkosten indirekt noch staatlich subventioniert werden, lohnt es sich für viele Dienststellen, tatsächlich ZDL an die Stelle von Hauptamtlichen zu setzen: Für 13 Mark 50 am Tag(!).

Die Bundesregierung ist eben erst im Bundesrat mit dem Vorhaben gescheitert, in Heimen der Alten- und Behindertenhilfe künftig weniger hohe Anforderungen an den Einsatz von Pflegefachpersonal zu stellen. Das hätte der Beschäftigung von ZDL de facto die Türen noch weiter geöffnet.

Der Zivildienst ist ein typisches Beispiel für Beschäftigungsverhältnisse, die neben dem tariflich abgesicherten "Normalarbeitsverhältnis" bestehen. Deren Palette reicht von der Zwangsverpflichtung von Sozialhilfeempfängern und Flüchtlingen über Stellen ohne Kündigungsschutz und untertariflich entlohnte Arbeit (wie jetzt in den neuen Ländern) bis hin zum "Freiwilligen sozialen Jahr" für junge Frauen. All diese Beschäftigungsformen haben eins gemeinsam: Sie schaffen ungleiche Belegschaftsgruppen, die sich gegeneinander ausspielen lassen, und sie gehören zu einer wachsenden Anzahl entrechteter Arbeitsverhältnisse.

Alfred Lorenz, Personalratsmitglied im Krankenhaus Bremen-Ost sagt: "ZDL leisten durchweg Arbeit, die auch von fest eingestelltem Personal gemacht wird. Sie sind in Dienstplänen wie andere Angestellte auch aufgeführt - arbeitsrechtlich und tarifvertraglich aber sind sie 'Arbeitnehmer zweiter Klasse'. Sie unterstehen letztlich der quasimilitärischen Disziplinarstruktur des Bundesamtes für den Zivildienst. Aus kostenorientiertem Opportunismus lassen die Arbeitgeber in diesen Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens ihre sonst so hoch gehaltene Personalhoheit im Betrieb hintanstehen. Betriebsräte und gewerkschaftliche Interessenvertretungen sind gefordert, diesen Zustand zu ändern." Die Gewerkschaft ÖTV hat deshalb die Sicherstellung der Arbeitsmarktneutralität des Zivildienstes zu ihrem Anliegen gemacht und beschlossen, auch Zivis in die Gewerkschaft aufzunehmen.

Trotzdem: Auch wenn viele Betriebe von der Beschäftigung von Zivildienstleistenden inzwischen fast abhängig geworden sind, lohnt sich ihr Einsatz volkswirtschaftlich nicht (wie zwei Studien aus den letzten Jahren gezeigt haben; siehe tilt 3/92). Denn den betriebswirtschaftlichen Vorteilen für die Sozialträger stehen die hohen gesamtwirtschaftlichen Kosten der Wehrpflicht gegenüber.

Der Zivildienst gibt vor, den Pflegenotstand zu beseitigen, ist aber tatsächlich selber eine von dessen Ursachen. Stefan Philipp von der Zentralstelle für Recht und Schutz der KDVer erklärt: "Anfang der 80er Jahre, als die Zahl der Verweigerer immer mehr wuchs, wurden massenhaft Plätze geschaffen, um auch ja keinen KDVer um den Zivildienst herumkommen zu lassen. Die Wohlfahrtsverbände freuten sich und stellten gerne die vom Staat begehrten Plätze zur Verfügung. Denn Zivis sind für die Einrichtungen die billigsten Arbeitskräfte. Das führte aber dazu, daß sie anstelle von ausgebildetem Fachpersonal beschäftigt wurden, Fachpersonal, das heute überall fehlt. Auch die Qualität beispielsweise der Pflege wurde schlechter, denn natürlich kann ein unausgebildeter Zivi nicht so qualifiziert arbeiten wie ein Altenpfleger, der eine mehrjährige Berufsausbildung hat. Der Zivildienst ist also eine Ursache für die heutige katastrophale Situation."

Eine Lösung kann nur im Verzicht auf Zwangsdienste und speziell auf den Zivildienst liegen. Sicher aber ist, daß es nicht die Zivis sein können, auf deren Rücken die Diskussion ausgetragen wird. Deren Job ist es nämlich ganz eindeutig nicht, irgendwelche sozialen Mißstände zu beseitigen, sondern schlicht, einen Ersatzdienst für den Wehrdienst herunterzureißen.

Christian Holtorf

Delegation der Kurdischen Frauenunion auf Einladung der Grünen in die BRD gereist, wo ihnen die erfahrenen westdeutschen Feministinnen unter völliger Verkennung der Lage etwas Hilfe

anboten unter der Bedingung, daß die Kurdinnen aus DPK austreten. Für die meisten Frauen steht nun mal an erster Stelle die schlechte wirtschaftliche Lage und wie vor allem die zurückgekehrten Flüchtlingsfamilien damit fertig werden können. Die Frauenorganisationen der beiden großen Parteien wirken auch oft als Arbeitsämter, versuchen über die Partei Stellen zu vermitteln. Daneben laufen Bildungsprogramme für Frauen. Immerhin ist in den Dörfern und besonders dort, wo die Bevölkerung mehrmals fliehen mußte noch Analphabetentum verbreitet. Auf dem Land und in der Stadt konnten wir, wo immer wir zu Gast waren, feststellen, daß das Funktionieren traditioneller Sozialstrukturen noch weitestgehend den Abhandlungen ethnographischer Bücher entspricht. Aber wenn wir zurückdenken an B., eine feministische Nichtwählerin aus Suleimaniya oder an Q., eine Ägypterin, die mit ihrem ungarischen Ehemann schon ewig lang in Kurdistan lebt und bei den Peshmergas gekämpft hat, wissen wir: auch das kurdische Patriarchat ist nicht unerschütterbar!

Überhaupt tat es uns furchtbar gut, mutige Menschen kennenzulernen, die nach allem, was sie erlebt haben, noch lachen können. Menschen, die ein drittes Mal zurückkehren und ihr Haus wieder aufbauen. Menschen, die in einer politisch und wirtschaftlich aussichtslosen Situation an die Rettung der Natur denken und eine Grüne Bewegung gründen. Menschen, die von den sozialistischen Staaten nichts als Waffen in den Händen der irakischen Armee gesehen haben, und sich in marxistisch- leninistischen Zirkeln zusammenfinden; in Suleimaniya allein 8 von einander unabhängige Gruppen (auch in der DPK und PUK gibt es viele SozialistInnen und KommunistInnen; im Übrigen hat sich die KP vor zwei Wochen gespalten und die eine Hälfte der Partei ist der PUK beigetreten). Allerdings besteht die Notwendigkeit, sozial- politische Forderungen zu stellen. Auf dem Land ist die Situation besonders schwierig, weil in den 70-er Jahren durch irakische Bodenreformen enteignete Aghas (Großgrundbesitzer) von den ehemals landlosen Bauern bzw. von der kurdischen Administration ihr Land zurückfordern. Die Aghas haben auch genug Geld, um eigene Milizen auszurüsten. Kämpfe werden also auch mit Waffengewalt ausgetragen. Zusätzlich haben die Aghas genügend politischen Einfluß im Parlament.

Kompliziert ist auch die Situation der zumeist aus ärmeren Verhältnissen stammenden Peshmergas, die die Hauptlast des Kampfes getragen haben, um jetzt festzustellen, diese Regierung und dieses Leben ist nicht das, was sie wollten. Wir haben mehrmals beobachtet, daß seitens Staatsangestellter, Parteibürokraten, vielfach auch Intellektueller und leider auch MitarbeiterInnen einer nicht weiter zu benennenden Hilfsorganisation, die auf ihren Dächern deutsche Flaggen präsentiert, schlicht wie der letzte Dreck behandelt werden. Wenn du dich jahrelang in den Bergen herumgedrückt hast, statt brav eine Universität im Irak oder im Ausland zu besuchen, hast du Pech gehabt. Ein Peshmerga, dessen Familie nach 1975 in den Iran fliehen mußte, erzählte uns in weitgehend autodidaktisch gelerntem und guten Englisch, ihm hätten die Genossen vor zehn Jahren auch angeboten, ins Ausland studieren zu gehen, aber er wollte Kurdistan lieber nicht verlassen. Jetzt würde er gern, aber darf nicht mehr.

Für unsere autonomen LeserInnen möchten wir noch folgendes berichten:

Seit mehreren Monaten leben AusländerInnen in Kurdistan gefährlich. Grund: In Bagdad ist ein Kopfgeld von 100000 Dinar (über 300 Dollar, wobei das durchschnittliche Monatseinkommen in Kurdistan 200 Dinar beträgt) zu gewinnen für jede/n getötete Ausländer/in. Von Iran aus opperieren unter islamischer Scheinheiligkeit Gruppen, die ebenfalls ein ausländerfreies Kurdistan wünschen. Ziel ist es, die unliebsamen NGO´s , die wirklich viel geleistet haben in den letzten zwei Jahren, aus dem Land zu treiben. Die meisten Hilfsorganisationen halten sich nach Auffassung des Irak illegal, d.h. ohne irakisches Visum, in Kurdistan auf; sind also über die Türkei eingereist und haben kein Abkommen mit Bagdad. Anders zumindest die UN- Hilfsorganisationen, deren MitarbeiterInnen in Amman sechs Wochen auf ein Visum warten mußten. Und so ist höchste Alarmstufe bei den NGO´s. Immer wieder werden Hilfstranporte überfallen. Erst vor fünf Wochen starben beispielsweise zwei Mitarbeiter von MSF(medicines sans frontieres) als eine Handgranate in die Küche einer neueröffneten Schule flog. Die Organisation überlegt seitdem, ob sie sich zurückzieht. Ein weiterer Entwicklungshelfer ist Opfer eines gut geplanten Attentats geworden. Immer öfter explodieren Autobomben. medico hat zwei solcher Anschläge, zuzüglich ein Feuerüberfall auf das eigene Haus erlebt.

Aber auch JournalistInnen trifft es und alle möglichen Delegationen, die durch´s Land reisen. Ergo brauchten wir auch Peshmerga- Geleitschutz. Während wir eine Woche lang mit der caritas durch Kurdistan fuhren, (es wurden gewissermaßen die caritas- Projekte inspiziert) fuhr immer ein Wagen mit aufgepflanztem MG und kampferprobter Besetzung mit, und auch an die

Peshmergas mit Kalaschnikow , die in unserm Auto saßen, gewöhnten wir uns schnell. Da wir mit diesen Leuten am längsten zusammen waren, am meisten geredet und erlebt haben, vermissen wir sie auch am meisten. Bewaffnung ist nicht gleich Bewaffnung, wie immer es auch theoretisch durchdiskutiere. Wir wissen, daß dazwischen Welten liegen können, wenn wir wieder an der türkischen Grenze stehen.

Kurdistan- das ist das Paradies und die Hölle. Wir verstehen diesen Satz, wenn wir an die verschneiten hohen Berge denken, an das Wasser, das sauber und kalt aus dem Gebirge spritzt, an satte Weiden, an Blumenmeere, an wolkenüberschwemmte Täler in den Morgenstunden. Wir verstehen den Satz, wenn wir an die geöffnetetn Massengräber denken, an Halabca, an Kinder mit abgerissenen Händen und Narben im Gesicht. Wir verstehen den Satz, wenn wir nach türkisch Kurdistan zurückkehren, Bilder von Bingöl sehen, mit der Genossin vom IHD (Menschrechtsverein), die gerade erst wieder aus dem Knast rauskam, reden, oder mit den GenossInnen der HEP(Halk Emek Partisi- Partei der Arbeit des Volkes, eine im Parlament vertretene sozialistische Partei), die in Diyarbekir hinter einer Stahltür , die auch Vedat Aydin nicht geschützt hat, sitzen.
Wir verstehen diesen Satz und wollen wieder zurück.

Adressen

Aktionsbüro "Zivistreik Berlin"
Ludwig-Quidde-Laden
Bülowstraße 65
W-1000 Berlin 30
Tel./Fax: 030/2162346

FWTV-Kontakt zur Zentralstelle KDV:
Michael Frenzel
Gundelfinger Str. 3
10318 Berlin
Tel. (d) (030) 27802233 (p) 5083473

Informations- und Aktionsstelle zur Totalverweigerung (IAT)
Mehringhof, Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Tel. (030) 6938021
Freitags 17-20 Uhr

Vertreter im Vorstand der Zentralstelle KDV
Christian Holtorf
Tellstr. 11
12045 Berlin
Tel. (030) 6244649

Ole Weidemann, c/o JAZ
August-Bebel-Str. 92
18055 Rostock
Tel. (0381) 454310
Mi. 16-20 Uhr

SOdZDL Berlin
im Statthaus Böcklerpark
Prinzenstr. 1
10969 Berlin
Tel. (030) 25883032
Fax (030) 6158787
Do 16-21 Uhr

IG der ZDL e.V.
c/o Götz Patzelt
Postfach 25
17487 Greifswald

Eckhard Häßler
Virchowstr. 36
16816 Neuruppin
Tel. (03391) 3256

Infoladen "Schlagloch"
Kamenzer Str. 17
01099 Dresden
Tel. (0351) 5670194
Do. 17 Uhr

Friedericke Winter
Joliot-Curie-Str. 2
99423 Weimar

SOdZDL Wittenberg
c/o Hans Rentzsch
Lerchenbergstr. 81
06886 Lutherstadt Wittenberg

Klaus-Dieter Goernert
Marienplatz 2
02826 Görlitz

Jan Chrenko, b. Porstmann
Tschaikowskistr. 61
09599 Freiberg
Tel. (03731) 67875

Steffen Dubiel
Görlitzer Str. 4
03046 Cottbus
Tel. (0355) 525122 (c/o Antje)

Kuno Pagel
Wallstr. 21
14770 Brandenburg
Tel. (03381) 24039 (d)

Kontaktstelle für KDV
Demmeringstr. 40
04177 Leipzig
Tel. (0341) 475503

SOdZDL Ilmenau
c/o Michael Doppel
Im Leninring 13
98693 Ilmenau

Udo Muszinsky
c/o Begegnungszentrum "Wege der Gewaltfreiheit"
Eisenbahnstr. 20
16225 Eberswalde
Tel. (03334) 22398
Fax: 22921

Umwelt- und Friedenskreis Finsterwalde
Lange Str. 25
03238 Finsterwalde
Do. 17-18 Uhr

Termine

01.07. 8.30 Uhr, **Berlin**, Bahnhöfe: Aktion gegen Einberufungen, u.a. Vernichtung von Erfassungsbögen, Musterungsaufforderungen, Einberufungsbefehlen u.a. Militäragitationsmaterial (auch von der NVA)

10.07. 15 Uhr, **Berlin-Prenzlauer Berg**, Senefelderplatz: "Libertärer Jahrmarkt 93"

28.07.-01.08., **Magdeburg**/Elbeinsel: Umweltfestival mit Sternradtouren, Kontakt: AUFTAKT, Beim Kalkberg 7, 21339 Lüneburg, Tel. 04131 66295, Fax: 66647

GEGEN WEHRPFLICHT
ZWANGSDIENSTE MILITÄR



Tag S(omalia)

Zivistreik: 5.Juli

Treffpunkt in Berlin: 9⁰⁰ Uhr Oranienstraße 25

Bundesweiter Streik der Zivildienstleistenden gegen Zwangsdienste und Militär

Streik - warum gerade jetzt?
Die Katze ist aus dem Sack: Am 23.Juni hat das Bundesverfassungsgericht die Entscheidung der Bundesregierung, Bundeswehrsoldaten (darunter auch Wehrpflichtige) nach Somalia zu schicken nachträglich, wenn auch unter Auflagen, gebilligt. Damit steht der Entsendung des Hauptkontingents ans Horn von Afrika aus Sicht des Kabinetts nichts mehr im Wege. Mit diesem angeblich humanitären Einsatz werden erstmalig deutsche Soldaten an einer UNO-Militäraktion beteiligt. Die "humanitären" Soldaten erhalten schweres Gepäck: Maschinengewähre, Panzerfäuste, Schützenpanzer, Spähpanzer, etc... Der Somalia-Einsatz stellt damit einen Präzedenzfall dar, denn die deutsche Armee wird nicht mehr nur im Falle der Landesverteidigung und der ihrer Bündnispartner eingesetzt, sondern international - wenn auch vorerst unter dem Deckmäntelchen der UNO. An dieser Tatsache ändert auch nichts die gewohnte Sprachkosmetik des Bonner Kriegsministerium, welches internationale Interventionen außerhalb des NATO-Gebietes mittlerweile als "erweiterte Landesverteidigung" definiert.

...und was hat das mit dem Zivildienst zu tun?
Der Zivildienst ist nach militärischen Gesichtspunkten aufgebaut. Und wir werden entsprechend einer zivilen Armee diszipliniert. Dabei sind einige Zivilschutzverbände, wie DRK, ASB und MHD selbst paramilitärische Organisationen. Nur ein Anzeichen hierfür iste die Unterteilung in taktische Einheiten, wie Zug- und Bereitschaftsführer, die analog zu den entsprechenden militärischen Einheiten funktionieren. Es existieren im Zivildienstrecht die Tatbestände der "Fahnenflucht" und der "Befehlsverweigerung", die im schlimmsten Fall empfindliche Freiheitsstrafen zur Folge haben und im Kriegsfall... Wir unterliegen ebenso wie die Soldaten der Wehrüberwachung mit dem Unterschied, daß das Kind einen anderen Namen hat - Zivilüberwachung. Die Aufgaben der Überwachung bleiben jedoch gleich. Auch als anerkannter KDVer werden wir entsprechend den Soldaten nach Paragraph 79 ZDG im sogenannten Verteidigungsfall zum unbefristeten "Zivil"dienst herangezogen. Dort werden wir dann in Bereichen der sogenannten Zivilverteidigung eingesetzt und sollen die Operationsfähigkeit der Armee gewährleisten. Dies kann Zwangsdienste an Arbeitsplätzen von einberufenen Soldaten, der Dienst in Lazaretten und Munutionstransportern bis hin zum Entschärfen von Blindgängern bedeuten. Darüberhinaus gibt es eine Reihe von Grundlagen für die Zwangsverpflichtung im Kriegsfall vor allem in den Notstandsgesetzten. Wir können folglich in allen Kriegsregionen eingesetzt werden, wo deutsche Soldaten ihr blutiges Handwerk verrichten.

Aktiv gegen Krieg, Zwangsdienst & Militär
Wir haben nicht den Kriegsdienst verweigert, um beim Krieg mitmachen zu müssen und wir sind auch nicht bereit, den Schritt Deutschlands zur militärischen Weltmacht widerstandslos hinzunehmen. Deshalb streiken wir am ersten Werktag, nachdem das Hauptkontingent deutscher Soldaten den Marschbefehl nach Somalia erhalten hat. Dieses Ereignis bezeichnen wir als "Tag S(omalia)". Wir werden somit unserem Anspruch als Kriegsdienstverweigerer gerecht und lassen uns nicht auf die Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe beschränken. Die Kriegsdienstverweigerung, die sich in der staatlichen Anerkennung und der Ableistung des Zivildienstes erschöpft, wird dem Anspruch der Kriegsdienstverweigerer nicht gerecht, Militär- und Zivildienst gelten als Erfüllung der Wehrpflicht. Kriegsdienstverweigerung richtet sich sowohl gegen die direkten, als auch die indirekten Kriegsvorbereitungen des Staates, gleichgültig in welchen gesellschaftlichen Bereichen. Wir klagen mit dieser Aktion die Grundrechte des politischen Streiks und das der freien Meinungsäußerung in Wort, Bild und Ton ein, die uns vorenthalten werden. Wir fordern drastische Abrüstung statt Sozialabbau.

Wir fordern alle Zivildienstleistenden auf:

Streikt mit uns!

Bundesweite Koordination
Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Oranienstraße 25
W-1000 Berlin 36
Tel.: 030/61500531

Demo: 3.Juli

19⁰⁰ Uhr Breitscheidtplatz